


195. Sitzung, Montag, 7. Dezember 1998, 14.30 Uhr

 Vorsitz: *Kurt Schellenberg (FDP, Wetzikon)*
Verhandlungsgegenstände

- 1. Mitteilungen**..... *Seite 14573*
- 24. Voranschlag des Kantons Zürich für das Jahr 1999**
 Antrag des Regierungsrates vom 9. September 1998
 und geänderter Antrag der Finanzkommission vom
 26. November 1998
3667a..... *Seite 14574*

Verschiedenes

- Neu eingereichte Parlamentarische Vorstösse ... *Seite 14632*

Geschäftsordnung

Das Wort wird nicht verlangt. Die Traktandenliste ist in der vorliegenden Form genehmigt.

1. Mitteilungen

Ratspräsident Kurt Schellenberg: Ich mache einige Bemerkungen zu Beginn der Debatte über den Voranschlag für das Jahr 1999. Vorne, auf dem Tisch des Ratssaals liegen Antragsformulare zum Budget 1999 auf. Für Anträge zu Konti im traditionellen Budget sowie zur Investitionsrechnung von Stellen mit Globalbudgets bitte ich Sie, die blauen Blätter zu verwenden. Für Anträge zum Globalbudget, die die laufende Rechnung betreffen, verwenden Sie bitte die grünen Blätter. Ich bitte Sie, die Anträge rechtzeitig dem Präsidium einzureichen und die Formulare vollständig auszufüllen. Sie helfen damit mit, dass Ihr Antrag zur rechten Zeit am richtigen Ort zur Behandlung kommen wird.

Bitte beachten Sie auch, dass gemäss Paragraph 22 Absatz 3 des Kantonsratsgesetzes im Rahmen der Beratung des Voranschlags Postulate, die sich auf den Gegenstand der Verhandlungen beziehen, das heisst auf den Voranschlag, vorgebracht und sogleich begründet werden können. Der Regierungsrat nimmt sofort mündlich Stellung. Der Kantonsrat beschliesst in der gleichen Sitzung. Über den Behandlungsablauf dieser Postulate werde ich Sie zu Beginn der Detailberatung informieren. Ich bitte Sie, diesbezügliche Postulate rechtzeitig in der üblichen Form direkt dem Präsidium einzureichen und bekanntzugeben, unter welchem Abschnitt das Postulat zu behandeln ist. Sie helfen damit mit, dass Ihr Postulat zur rechten Zeit am richtigen Ort zur Behandlung kommen wird.

Wir kommen nun zu Geschäft Nr. 24 der heutigen Geschäftsliste, dem Voranschlag des Kantons Zürich für das Jahr 1999, Vorlage 3667a.

24. Voranschlag des Kantons Zürich für das Jahr 1999

Antrag des Regierungsrates vom 9. September 1998 und geänderter Antrag der Finanzkommission vom 26. November 1998

3667a

Liselotte Illi (SP, Bassersdorf), Präsidentin der Finanzkommission: Erstmals in den 90er-Jahren kann der Rat ein Budget mit schwarzen Zahlen beraten. Sind die mageren Jahre beim Kanton Zürich nun vorbei? Ist das Ziel Haushaltgleichgewicht erreicht? Der Blick auf die Finanzplanung gibt eine deutliche Antwort. Von einer nachhaltigen Haushaltsanierung kann noch keine Rede sein.

Immerhin werden die schwarzen Zahlen aus finanzpolitischer Sicht mit grosser Erleichterung zur Kenntnis genommen. Der drohende Verlust des Eigenkapitals konnte nochmals abgewendet werden. In der Finanzkommission hält sich die Freude darüber trotzdem in Grenzen. Fast niemand scheint mit dem Budget so richtig zufrieden zu sein. Diesen Schluss ziehe ich jedenfalls aus den rund 100 vorliegenden Minderheitsanträgen.

Ich spreche zuerst zu den Zahlen und den Anträgen der Finanzkommission. Anschliessend komme ich zur Würdigung des Budgets und zu einigen persönlichen Bemerkungen.

Übersicht

Der Antrag der Finanzkommission für den Voranschlag 1999 sieht bei einem Aufwand von 9,84 Mrd. Franken und einem Ertrag von 9,85 Mrd. Franken einen Ertragsüberschuss von 10,7 Mio. Franken vor. Nettoinvestitionen sind 858 Mio. Franken budgetiert, so dass sich ein akzeptabler Selbstfinanzierungsgrad von 72,3 Prozent ergibt. Soweit die wichtigsten Zahlen zum Budget, detailliertere Angaben finden Sie auch im Antrag und im Bericht der Finanzkommission. Dieser wurde Ihnen am letzten Donnerstag mit der Ratspost zugestellt.

Zum Thema Übersicht: Auch im Budget 1999 widerspiegelt sich die Verwaltungsstrukturreform. Aussagekräftige Zahlenvergleiche sind nur nach aufwendigen Bereinigungen möglich. Vieles ist auf den ersten Blick nicht nachvollziehbar. Durch die Verselbständigung der Universität und der Hochschule Winterthur sind im Budget 1999 nur noch die Kostenbeiträge zur Deckung des Nettoaufwands an die beiden Institutionen enthalten. Ohne diese Ausgliederung wären Aufwand und Ertrag des Budgets 1999 um beinahe 250 Mio. Franken höher. Diese Tatsache ist bei Zeitreihen zu berücksichtigen.

Neue Aufgabenverteilungen, Umstrukturierungen zwischen den Direktionen und insbesondere die Bildung der neuen Direktion für Soziales und Sicherheit erschweren die Übersicht und Vorjahresvergleiche zusätzlich. Bei rund 20 Amtsstellen, die erstmals Globalbudgets beantragen, fehlen fast sämtliche Vorjahreszahlen. Bei einzelnen ist nicht einmal das Total von Aufwand, Ertrag und Saldo zum Vergleich aufgeführt. Die fehlende Vergleichbarkeit ist teilweise Folge der Verwaltungsstrukturreform, sozusagen systembedingt oder, um mit der Sprache des Globalbudgets zu sprechen, sie ist endogen.

Es gibt auch Beispiele von mangelnder Transparenz, die mit etwas gutem Willen oder mit Voraussicht zu vermeiden gewesen wären. Im Novemberbrief des Regierungsrates ist beispielsweise ohne aufwendige Rückfragen überhaupt nicht nachvollziehbar, um was es bei einem Nachtrag geht, der unter der Bezeichnung «Entschädigung Codieraufwand Bundesstatistik» mehrmals auftaucht. Die Bezeichnung deutet kaum darauf hin, dass es hier um die Frage der Arbeitszeit und der Entlastung der Assistenzärztinnen und -ärzte geht. Es ist auch nicht klar, welcher Betrag dafür insgesamt zur Verfügung steht. Auf Nachfragen hin haben wir erfahren, dass es sich um 2,4 Mio. Franken handelt. Eine bessere Berücksichtigung der Bedürfnisse und Arbeitsweise des Parlaments und seiner Milizkommission wäre durchaus angebracht, besonders in einem politisch so brisanten Bereich.

Die fehlende Vergleichbarkeit hat die Arbeit der Finanzkommission und damit auch die des Rates erschwert. Ich komme nun zur Vorberatung in der Finanzkommission und versuche, eine übersichtliche Zusammenfassung der Anträge abzugeben.

Anträge der Finanzkommission

Wie aus dem vorliegenden Antrag hervorgeht, präsentiert die Finanzkommission keine einvernehmliche Lösung. Es sind gemäss Vorlage 3667a rund 80 Anträge gestellt. Anträge, die in verschiedenen Konti erscheinen, materiell jedoch den gleichen Sachverhalt betreffen, sind dabei nur einmal gezählt. Ein Beispiel: Wenn die Kommission den Verzicht einer Stelle beantragt, erscheint dies nur einmal, auch wenn noch drei oder vier andere Konti mit Arbeitgeberbeiträgen betroffen sind. Sie finden übrigens die Numerierung der Anträge im Antrag der Finanzkommission rechts aussen in der Spalte mit der Überschrift «Antragsnummer». Das mag Ihnen eine Hilfe bei der Detailberatung sein.

Mehrheitsanträge

Nur die Hälfte aller Anträge, nämlich 43, haben eine Mehrheit der Finanzkommission hinter sich. In der Regel setzt sich die Mehrheit aus FDP, SVP und CVP zusammen. Diese Finanzkommissionsanträge beziehen sich alle auf die Laufende Rechnung und verbessern diese um 33,6 Mio. Franken. Die Verbesserung wird im wesentlichen durch Aufwandreduktionen im Betrag von 27,5 Mio. Franken angestrebt. Der Rest erfolgt durch Ertragsverbesserungen, hauptsächlich durch eine vom Obergericht mitgeteilte optimistischere und realistischere Einschätzung des Gebührenertrags im Notariatsbereich von 6 Mio. Franken.

Was die Aufwandreduktionen betrifft, lässt es sich mit den Globalbudgets nicht mehr direkt beziffern, welche Sachgruppen gekürzt werden. Von den erwähnten 27,5 Mio. Franken Aufwandkürzungen entfallen 16,35 Mio. Franken auf Globalbudgets. Davon betreffen 10 Mio. Franken eine Einsparung beim Zinsendienst. Die Finanzkommission rechnet damit, dass weniger Fremdkapital aufgenommen werden muss, weil der Rechnungsabschluss 1998 verbessert werden kann. Die restlichen Kürzungen von knapp 6,5 Mio. Franken werden sich vermutlich im wesentlichen auf den Personal- und Sachaufwand auswirken.

Bei den Amtsstellen mit traditionellen Budgets verteilen sich die Kürzungen von rund 11 Mio. Franken auf den Personalaufwand, den

Sachaufwand und die Betriebsbeiträge. Der Personalaufwand wird um 1,2 Mio. Franken gekürzt, der Sachaufwand um 4,1 Mio. Franken und die Betriebsbeiträge um 5,8 Mio. Franken.

Minderheitsanträge

Praktisch alle Anträge sind umstritten. In zehn Fällen setzt sich die Minderheit, die in der Regel aus SP, Grünen und EVP besteht, schriftlich für die Anträge des Regierungsrates ein, hauptsächlich bei der Gesundheitsdirektion, beim Amt für Landschaft und Natur, beim Amt für Abfall, Wasser, Energie und Luft und bei den Opferhilfe-Beratungsstellen. In den restlichen Fällen verzichtete die Minderheit auf schriftliche Anträge.

Eine andere Minderheit will mit 12 zusätzlichen Anträgen weitergehende Aufwandkürzungen in der Laufenden Rechnung von etwa 26 Mio. Franken erreichen. Schliesslich beantragt eine andere Minderheit etwa 20 Kürzungen in der Investitionsrechnung.

Eine letzte Gruppe von sechs Minderheitsanträgen ist zu erwähnen, welche aus den Reihen der SP und teilweise der Grünen und der EVP stammen. Diese Anträge verbessern zwar nicht die Lage der Staatsfinanzen, bringen dafür aber dringend notwendige Verbesserungen für einzelne Personalgruppen und wirtschaftlich und sozial benachteiligte Menschen.

Als Stichwort für diese Minderheitsanträge erwähne ich die Beibehaltung der bisherigen finanziellen Unterstützung von Beschäftigungsprogrammen für Langzeitarbeitslose, Heraufsetzung der Krankenkassenprämienverbilligung, Reduktion der unhaltbaren Arbeitszeiten der Assistenz- und Oberärztinnen und -ärzte, Lohnnachzahlungen an die Hauswirtschafts- und Handarbeitslehrerinnen, Verzicht auf Leistungsabbau bei der Jugend- und Suchtberatung und der unentgeltlichen Rechtsauskunft.

Noch nicht im Antrag der Finanzkommission enthalten sind die Konsequenzen aus der am 29. November 1998 erfolgten Ablehnung des Kredits für ein Behandlungsprogramm für Sexual- und Gewaltstraftäter.

Allfällige Anträge der Finanzkommission oder einzelner Mitglieder werden dem Rat während der Detailberatung des Budgets 1999 mit dem farbigen Formular mündlich gestellt. Realistischerweise kann mit einer Aufwandverbesserung im Budget 1999 von gut einer halben Million Franken gerechnet werden.

Bemerkung zu den Globalbudgets

Die Finanzkommission hat sich grundsätzlich mit den Aspekten der Globalbudgets auseinandergesetzt, teilweise auch in Zusammenarbeit mit der Geschäftsprüfungskommission, der Justizverwaltungskommission und der Reformkommission.

Der Bericht der Finanzkommission zeigt Ihnen auf den Seiten 5 und 6, dass die Globalbudgets erfreulicherweise ständig weiterentwickelt werden. Auf der andern Seite sind noch zahlreiche Punkte offen, vor allem ist aus Sicht der Finanzkommission die Leistungsumschreibung in den Ebenen Wirkung und Leistung zu verbessern.

Die kommende Budgetdebatte wird wohl deutlich machen, dass innerhalb der Finanzkommission unterschiedliche Vorstellungen über den Umgang mit Globalbudgets bestehen.

Würdigung des Antrags der Finanzkommission

Die Finanzkommission ist sich einig, dass das vorliegende Budget aus finanzpolitischer Sicht wesentlich befriedigender ist als die sieben vorhergehenden. Allerdings sind die schwarzen Zahlen erst budgetiert, ob sie auch vollzogen werden können, wird sich zeigen. Jedenfalls ist das Budget wie immer mit einigen Unsicherheiten behaftet, beispielsweise nach wie vor im Bereich der Gesundheitsdirektion. Im Budget 1999 noch nicht enthalten ist der Lastenausgleich an die Stadt Zürich. Persönlich hoffe ich, dass der Lastenausgleich endlich angenommen wird. Entscheidend ist nicht, ob der Lastenausgleich budgetiert ist oder nicht. Entscheidend ist, dass Regierungsrat und Finanzkommission klar offenlegen, dass die 84 Mio. Franken noch nicht im Budget enthalten sind.

Trotz besserem Budget müssen wir uns im klaren sein, dass die Finanzplanung mit jährlichen Aufwandüberschüssen von 350 Mio. Franken immer noch ein unerfreuliches Bild zeigt. Zahlreiche Saldoverbesserungen im Budget 1999 lassen sich nämlich nicht einfach auf das Jahr 2000 und die folgenden übertragen. Sie wiederholen sich kaum, da sie 1999 durch einmalige Umstände zustande gekommen sind, wie etwa die Beschlagnahmung von Drogengeldern von 50 Mio. Franken oder die einmalige Reduktion der Arbeitgeberbeiträge von etwa 115 Mio. Franken. Im weiteren ist zu erwähnen, dass in der Finanzplanung die Auswirkungen des Stabilisierungsprogramms des Bundes von etwa 60 Mio. Franken noch nicht enthalten sind. Andererseits dürfte die Finanzplanung irgendwann doch von den lange ange-

kündigten Aufgaben- und Leistungsüberprüfungsmassnahmen (ALÜB) profitieren. Man rechnet ab dem Jahr 2000 mit budgetwirksamen Verbesserungen.

Persönliche Bemerkungen

Ich freue mich erst an schwarzen Zahlen, wenn dabei auch die Lohnkürzungen des Staatspersonals rückgängig gemacht sind, gerechtere Besoldungen und Arbeitszeiten eingeführt sind und die sozialen und ökologischen Verpflichtungen wahrgenommen werden. Das ist mit dem vorliegenden Budget noch nicht der Fall. Der Preis für die schwarzen Zahlen ist mir zu hoch. Das soziale Defizit des vorliegenden Budgets ist zu gross. Ich unterstütze deshalb die Minderheitsanträge der Sozialdemokratischen Fraktion, wie Sie nicht anders erwarten haben.

Dank

Ich danke den Behörden der Rechtspflege und dem Regierungsrat für die gute Zusammenarbeit und die Auskunftsbereitschaft, die wir im Zusammenhang mit der Budgetberatung und anderen Geschäften erfahren haben. Ebenso bedanke ich mich bei allen Mitarbeiterinnen und Mitarbeitern in der Verwaltung und in den Betrieben für die Leistungen, die hinter allen Budgetzahlen stehen; besonderen Dank an das Personal, welches direkt mit unserer Kommissionsarbeit konfrontiert ist. Dabei denke ich nicht zuletzt an die Finanzverwaltung, die die Finanzkommission bei der Verarbeitung aller Anträge zum Budget stark unterstützt hat.

Ein herzlicher Dank geht an die Parlamentsdienste, allen voran an die Sekretärin der Finanzkommission, Evi Didierjean Leimgruber, die hier vorne ebenfalls Platz genommen hat. Ohne ihren grossen Einsatz könnten wir die Budgettermine vielfach nicht einhalten. Erfreulich war die Zusammenarbeit auch mit anderen parlamentarischen Kommissionen. Eine relativ enge Zusammenarbeit und Koordination pflegten wir mit der Geschäftsprüfungskommission, der Justizverwaltungskommission und der Reformkommission, wofür ich mich ebenso bestens bedanke. Last but not least danke ich den Kolleginnen und Kollegen der Finanzkommission für den wiederum grossen Einsatz im vergangenen Jahr. Mein Dank richtet sich natürlich auch speziell an die beiden Mitglieder, die 1998 aus der Finanzkommission zurückgetreten sind, nämlich Franziska Troesch-Schnyder und Doris Gerber-Weeber. Ihr Rücktritt hat den Frauenanteil in der Finanzkommission stark dezimiert. Vorher hatten wir unter Berücksichtigung der Sekretärin der Finanzkommission und des Stichtenscheids der Präsidentin jeweils eine Frauenmehrheit. Diese Zeiten sind jetzt vorbei.

Wiederum mussten alle in der Finanzkommission ein grosses Mass an Arbeit übernehmen, das die Grenzen der Miliztauglichkeit oft überschritten hat. Daher bin ich sehr erfreut, dass das Volk die Reform des Kantonsratsgesetzes akzeptiert hat und dass ab dem kommenden Jahr ständige Sachkommissionen auch die Arbeit der Finanzkommission unterstützen werden. Die Finanzkommission hat dieses Jahr 48 Sitzungen abgehalten. Dazu kommen Sitzungen von Delegationen, Arbeitsgruppen, Besprechungen mit der Finanzkontrolle oder den Direktionen und ein umfangreiches, nicht immer einfach zu durchschauendes Aktenstudium.

Empfehlung der Finanzkommission

Wir müssen von Gesetzes wegen auf den Voranschlag eintreten. Im Namen der Finanzkommission beantrage ich Ihnen, den Mehrheitsanträgen zuzustimmen und das Budget 1999 zu genehmigen.

Susanne Bernasconi-Aeppli (FDP, Zürich): Wenn wir uns heute mit dem Budget des Kantons für das Jahr 1999 befassen, müssen wir klar erkennen, dass die Probleme nicht bei diesem liegen, sondern bei der Finanzplanung der kommenden Jahre. Ich hoffe daher sehr, dass sich die düsteren Aussichten von Rudolf Bolli in der Neuen Zürcher Zeitung nicht bewahrheiten und dass wir das Budget mit Effizienz beraten werden.

Es gibt nur wenig Neues zu diskutieren. Der Regierungsrat legt ein praktisch ausgeglichenes Budget vor. Das Defizit liegt im Unschärfenbereich der Budgetierung. Die Kürzungsanträge der Mehrheit der Finanzkommission sollen den Spardruck aufrechterhalten. Falls sie angenommen werden, kann ein kleiner Ertragsüberschuss erreicht werden. Die FDP-Fraktion lehnt die pauschalen Kürzungsanträge der SVP ab, da sie undifferenziert sind und das Ziel auf diesem Wege nicht erreichbar ist. Es wird Aufgabe der Sachkommissionen in der kommenden Legislatur sein – ich bin froh, dass das Volk diese Revision angenommen hat –, sich intensiv mit dem neuen Instrument des Globalbudgets auseinanderzusetzen. Es gilt, Leistungen und deren Finanzierung in Einklang zu bringen und nicht einfach Saldi zu kürzen. Alle Minderheitsanträge auf Budgetaufstockung der Sozialdemokratischen Partei, vor allem im Gesundheits- und Sozialbereich, lehnt die FDP klar ab.

Der Regierungsrat verfolgt auch für 1999 eine Politik der vorsichtigen Budgetierung. Die Rechnungen der letzten Jahre schlossen jeweils erheblich besser ab als budgetiert. Nicht im Budget enthalten ist der Lastenausgleich an die Stadt Zürich, der im Februar 1999 zur Abstimmung

gelangt, sowie allfällige Auswirkungen des Stabilisierungsprogramms des Bundes im Jahre 1999. Sie müssen im Budgetvollzug insbesondere mit Einsparungen im Personalbereich, dem sogenannten Zweidrittelsbeschluss, kompensiert werden. Das Ziel muss eine ausgeglichene Rechnung 1999 sein. Das Legislaturziel der bürgerlichen Mehrheit des Regierungsrates, den Budgetausgleich zu erreichen, ist erfüllt. Regierung und Verwaltung haben grosse Anstrengungen zur Finanzsanierung unternommen. Sie haben während der letzten vier Jahre mit diversen EFFORT-Programmen eine Ergebnisverbesserung im eigenen Kompetenzbereich von gut 500 Mio. Franken erzielt. Weitere 200 Mio. Franken sind im Budget enthalten und um weitere 210 Mio. Franken soll der Finanzplan entlastet werden. Personal- und Sachaufwand, die kurzfristig beeinflussbaren Sachgruppen, konnten gesenkt werden. Gestiegen sind nach wie vor die kurzfristig nicht beeinflussbaren Beiträge, vor allem im Sozialbereich.

Diese Leistung der Regierung verdient Anerkennung. Die FDP dankt ihr und allen Mitarbeiterinnen und Mitarbeitern der Verwaltung, die grosse Anstrengungen unternommen und auch einen Sparbeitrag geleistet haben, ausdrücklich.

Sorgen bereiten die Einnahmen aus den Staatssteuern. Sie werden erst in diesem Jahr wieder über den Werten aus dem Jahr 1994 liegen. Es sind daher alle Anstrengungen zu unternehmen, den Wirtschaftsstandort zu stärken. Neben den Steuereinnahmen sichert er auch Arbeitsplätze und vermindert damit Arbeitslosigkeit und deren Folgen. Der Kanton Zürich weist sehr soziale Steuertarife auf. Er hat keinen Sozialabbau betrieben wie die linke Seite immer wieder behauptet. Im Vergleich zu den umliegenden Kantonen werden die unteren Einkommen weniger und die oberen stärker belastet. Eine Korrektur im obersten Bereich der Progression wäre daher für den Wirtschaftsstandort mittelfristig viel wünschbarer als die zur Diskussion stehende Abschaffung der Erbschaftssteuer, die dem Kanton Zürich Steuerausfälle von 370 Mio. Franken bescheren würde. Die Folgen zeigen sich im Kanton St. Gallen, welcher als Folge der Abschaffung die direkten Steuern erhöhen muss. Ohne Kompensation würde auch der Kanton

Zürich nicht auskommen. Soviel erlaube ich mir aus einer finanzpolitischen Gesamtsicht an die Mitglieder der entsprechenden Kommission zu sagen.

Ein wichtiges Etappenziel ist erreicht. Eine Entwarnung wäre jedoch völlig fehl am Platz. Die neueste Finanzplanung zeigt in den Jahren 2000 bis 2002 konstante Defizite von jährlich rund 340 Mio. Franken. Im Gegensatz zu früheren Planungen haben sie keine steigende Tendenz mehr. Sie zeigen jedoch deutlich, dass das Damoklesschwert eines Bilanzfehlbetrags in keiner Weise gebannt ist. Wir werden daher weiterhin mit einer rollenden Sparplanung leben müssen. Das Projekt Aufgaben- und Leistungsüberprüfung (ALÜB) ist dringend umzusetzen. Es wird allein zur Finanzsanierung jedoch nicht ausreichen.

Das Sparpotential für die Jahre 2000 bis 2002 beträgt kumuliert rund 310 Mio. Franken. Zur Umsetzung braucht es aber eine Mehrheit des Parlaments, eventuell auch des Volks. Im Gegensatz zur Regierung ist unser Sparausweis hier als Parlament in der laufenden Legislatur äusserst schwach. Fast alle Sparvorlagen der Regierung scheiterten. Dem neu zu wählenden Parlament harrt daher eine grosse Aufgabe der Konsensfindung. Wichtig wäre in diesem Zusammenhang auch eine Einigung über eine Ausgabenbremse. Der Bund, der einen viel grösseren Leidensdruck hat, kam im letzten Jahr einen erfreulichen Schritt weiter. Ich erinnere an die Stichworte Haushaltsziel und Runder Tisch. Sparpotential liegt sicher auch in den verwaltungsinternen Umstrukturierungen, die bereits vollzogen sind, sich im vorliegenden Budget aber noch ungenügend niederschlagen.

Ich bin überzeugt, dass wir mittel- und langfristig noch diverse Strukturen zu bereinigen haben. Dies betrifft die interkantonale Zusammenarbeit, das Setzen von Schwerpunkten, zum Beispiel auch bei den Universitäten, aber auch die Reorganisation im Kanton. Wir werden auch im öffentlichen Bereich mit dem steten Wandel leben müssen.

Ich beantrage Ihnen im Namen der FDP-Fraktion, auf das Budget einzutreten und die Mehrheitsanträge zu unterstützen.

Adrian Bucher (SP, Schleinikon): Ich spreche zuerst zum Voranschlag und dann zur finanziellen Lage des Kantons Zürich. Vermutlich besteht fast so etwas wie ein Konsens in der Beurteilung des Voran-

schlags. Man sagt, schwarze Zahlen sind gut, aber... Ich möchte auch einige Einwände anfügen. Den Voranschlag werden wir konkret in der Detailberatung erleben.

Das erste Aber ist folgendes: Der präsentierte Entwurf hat etwas Einmaliges, einmalig im Sinne von einmaligen Glücksfällen, und damit etwas Zufälliges. Neben den von Liselotte Illi erwähnten Umstrukturierungen und Auslagerungen, zum Beispiel die Uni, gibt es einige nette, unerwartete aber hochwillkommene Erträge. Darunter fallen die Verminderung der Arbeitgeberbeiträge an die Beamtenversicherungskasse (BVK). Das macht etwa 115 Mio. Franken aus, die dieses Jahr anfallen. Wir haben endlich wieder mehr Ertrag bei den Staatssteuern und einen Mehrertrag bei den Erbschafts- und Schenkungssteuern. Wir haben auch eine neue Gewinnausschüttungsvereinbarung der Nationalbank mit den Kantonen. Dort erhalten wir 67 Mio. Franken mehr.

Die Novemberrückträge zum Budget erfreuten uns mit weiteren solchen zufälligen Erträgen. Es wurden 50 Mio. Franken beschlagnahmter Drogengelder vereinnahmt. Die Prognosen wurden bei verschiedenen Steuern um 45 Mio. Franken verbessert. Der Anteil an den Erträgen der direkten Bundessteuern steigt nochmals um 15 Mio. Franken. Wir können hoffen, dass die Steuererträge auch in Zukunft stärker sprudeln werden. Wie ist es aber mit den einmaligen Beiträgen? Können wir die Arbeitgeberbeiträge an die BVK in einem Jahr ebenso vereinnahmen? Wie es mit den Drogengeldern? Machen wir wieder einen tollen Fang? Die Finanzierungslücken werden uns in einem Jahr wieder einholen.

Es gibt ein zweites Aber zum Voranschlag, das sich auf die staatliche Aufgabenerfüllung bezieht. Mit dem Budget legt uns die Regierung bekanntlich ihr Jahresprogramm vor. Das Jahresprogramm kann trotz allem, was gesagt wird, nicht sein, ein ausgeglichenes Budget zu haben. Das ist eine notwendige Nebenbedingung, es ist aber kein Programm. Es gibt andere effektive staatliche Aufgaben. Auch wenn wir mit den weitaus meisten Anträgen der Regierung einiggehen – und damit notabene auch mit den allermeisten Sparanträgen der Regierung –, wollen wir nicht in Kauf nehmen, dass die Rechnung schwarz wird auf Kosten einiger Minderbemittelten. Ich denke dabei vor allem an die nicht wenigen Personen, die nicht in den Genuss von Krankenkassenverbilligungen kommen oder an Drogenabhängige, deren Drogenberatungsstellen aufgehoben oder deren Leistungen mit finanziellen Kürzungen geschmälert werden.

Schwarze Zahlen, die so zustande kommen, machen uns misstrauisch. Wir werden in der Detailberatung darauf zurückkommen. Auch können

wir nicht glauben, dass das Legislaturziel der bürgerlichen Mehrheit des Regierungsrates somit erfüllt ist, wie Susanne Bernasconi-Aeppli eben gesagt hat. Wir haben viel zu viele Unwägbarkeiten darin. Wir können aber auch nicht glauben, dass die bedenkliche Situation der staatlichen Finanzen heute als ein erfülltes Ziel gelten kann.

Zur finanziellen Situation des Kantons Zürich: Der Finanzplan gibt in der Tat sehr wenig Grund zur Freude. Konstant bleibende Aufwandüberschüsse in der Höhe von rund 350 Mio. Franken zwischen den Jahren 2000 und 2002 und ein drohender Bilanzfehlbetrag gegen 1 Mrd. Franken, auch gerechnet bis ins Jahr 2002, das kann es nicht sein. Da sind wir uns alle einig. Das ist völlig klar.

Vermutlich haben es sich jene bürgerlichen Parteien, die hier in diesem Saal Ende der achtziger Jahre den Steuerfuss des Kantons von 120 auf 108 Prozent gesenkt haben, anders vorgestellt. Sie haben gesagt – ich habe das im Protokoll nachgelesen –, dass nach der Senkung die Steuererträge erspriesslicher ausfallen würden. Die Realität ist aber eine andere. Sie haben sich damals dafür entschieden, die Staatsausgaben mit Schulden zu finanzieren. Das können wir so belegen. Sie müssen nur in der Staatsrechnung nachschauen. Seit 1987, damals war die letzte Steuerfussenkung, baute die Laufende Rechnung der Staatsrechnung ein kumuliertes Defizit von 1,6 Mrd. Franken auf. Die Verschuldung des Kantons Zürich erhöhte sich in derselben Zeit von 3,8 auf 9,4 Mrd. Franken. Wenn wir das auf die Personen umrechnen, erhöhte sich die Pro-Kopf-Verschuldung von damals 3'400 Franken auf heute fast 8'000 Franken pro Person. Ist das das Ziel Ihrer Regierung? Können Sie davon reden, wir hätten das Legislaturziel erreicht? Das kann es doch nicht sein! Natürlich nehmen Sie dieselben Bedenken auch wahr, wenn Sie auf den Finanzplan hinweisen und sagen, da müsse noch viel passieren. Das ist richtig. Da sind wir einverstanden. Immerhin muss Ihnen klar sein, dass es nicht mehr möglich ist, solche finanzpolitischen Fehler zu begehen wie in den guten Zeiten die Steuern zu senken, damit man in den schlechten Zeiten nichts mehr hat. Das kann es nicht sein. Zu Recht werden Sie einwenden, wir hätten in der Zwischenzeit eine Rezession eingefangen, mit der wir nicht rechnen konnten. Darauf sagen wir: Eben! Deswegen müssen wir sparen. Statt in der Hochkonjunktur den Steuerfuss zu

senken, hätte man Reserven aufbauen müssen. Ich hoffe, dass sich im Vorgriff auf das nächste Jahr der genannte finanzpolitische Fehler nicht wiederholt.

Zu den Sparübungen der Finanzkommissionsmehrheit: Mit dem Novemberbrief legte uns die Regierung einen Entwurf mit einem Defizit der Laufenden Rechnung von 23 Mio. Franken vor. Das ist ein Viertelprozent des Gesamtaufwands! Wenn das nicht im Unschärfenbereich liegt! Wegen dieser 23 Mio. Franken hat ein relativ hastiges und sehr unsorgfältig vorbereitetes Retuschieren begonnen, das wir nicht mittragen können und wollen. Mit solcher Budgetarbeit, die erst im letzten Moment passiert, machen wir die Arbeit nicht nur des Rates, nicht nur des Regierungsrates, nicht nur der Verwaltung und der Rechnungsstellen in den Ämtern, sondern auch die Arbeit unserer eigenen Finanzkommission zunichte, indem wir im letzten Moment, innerhalb einer Woche, alle verärgern und damit falsche Anreize setzen, nämlich die, in Zukunft ein Budgetpolster einzubauen, da man weiss, dass die Finanzkommission am Schluss wieder da und dort 100'000 Franken streichen wird. Das können wir auch nicht wollen. Das wirklich wegen einem Peanut.

Ich bitte Sie, auf das Budget einzutreten, das müssen wir auch, wie die Präsidentin gesagt hat.

Bruno Zuppiger (SVP, Hinwil): Auch die SVP hat festgestellt, dass dank grosser Anstrengungen des Regierungsrates, unterstützt durch einen rigorosen Sparkurs der bürgerlichen Parteien und insbesondere der SVP, nach acht harten Jahren der Finanzmisere endlich ein ausgeglichener Voranschlag präsentiert wird, dies, ohne die Steuern zu erhöhen. Eigentlich wäre dies ein Grund zur Freude. Damit hätte die bürgerliche Regierung ihr Versprechen, das sie vor und nach den Wahlen 1995 abgegeben hat, eingehalten.

Herr Bucher, es sind nicht mehr Minussaldi von drei bis vier Prozent, sondern noch lediglich ein Viertelprozent des Minus, das uns die Regierung präsentiert hat. Vergleicht man die Zahlen des vorliegenden Voranschlags mit den früheren Vorstellungen des Regierungsrates bei der Ausarbeitung des Finanzplans für die Jahre 1997 bis 2002 kann man zudem positiv vermerken, dass die Ausgaben im Voranschlag 1999 gegenüber der damaligen Planung um rund 400 Mio. Franken reduziert worden sind. Diese Reduktion konnte nur erreicht werden,

weil der bürgerlich dominierte Regierungsrat einen unmissverständlichen Sparkurs zusammen mit den ihn unterstützenden Parteien eingehalten hat. Alle, welche sich ernsthaft um die Reduktion der Ausgaben bemüht haben, verdienen Dank und Anerkennung.

Die Vergleichbarkeit der Budgets der Vorjahre mit dem Voranschlag 1999 ist leider durch eine Reihe von Umstrukturierungen und Neuerungen, der Einführung weiterer Globalbudgets sowie der Ausgliederung von Universität und Fachhochschule Winterthur wesentlich erschwert worden und für viele Ratsmitglieder kaum mehr nachvollziehbar. Daher wäre zu wünschen, dass nach längeren Phasen von Änderungen und Neuerungen wieder einmal etwas konsolidiert werden würde.

Für die SVP ist seit längerer Zeit klar – das ist auch kein Geheimnis –, dass der Staatshaushalt nur über die Aufwandseite in den Griff zu kriegen ist. Daher hat sie ihr Hauptaugenmerk auf die Ausgaben gerichtet. Seit Jahren fordert die SVP den Abbau von überflüssigen und bürokratischen, staatlichen Tätigkeiten und Leistungen, verbunden mit einer spürbaren Personal- und Kostenreduktion. Für das kommende Jahr hat die SVP – ursprünglich noch zusammen mit der FDP und der CVP – einen Ausgabenplafond von 9,6 Mrd. Franken gefordert. Dieses Ziel ist leider nicht erreicht worden. Die Ausgaben liegen bei über 9,8 Mrd. Franken. Daher haben wir schon früh unserer Enttäuschung Ausdruck verliehen und mit der Rückweisung des Voranschlags gedroht. Wenn man zusätzlich bedenkt, dass die Kosten für die Leistungsabgeltung der Stadt Zürich von etwa 84 Mio. Franken, sowie die Kosten, die aus dem Stabilisierungsprogramm des Bundes entstehen, zirka 50 bis 60 Mio. Franken, nicht berücksichtigt sind, sieht man, dass hier Enttäuschung am Platz ist.

Wir wissen auch, dass verschiedene saldotreibende Einflüsse sowohl bei den Einnahmen als auch auf der Ausgabenseite nach oben getrieben worden sind, beispielsweise Beitragsänderungen für die Uni und die Fachhochschulen, neue Modelle bei den internen Verrechnungen, Prämienvverbilligungen beim Krankenversicherungsgesetz (KVG). Doch muss man nüchtern feststellen, dass wir gewisse Bereiche in unserem Staatshaushalt auf der Ausgabenseite schlicht und einfach nicht im Griff haben. Aus Sicht der SVP sollten sich die Sparanstrengungen in Zukunft vor allem auf die Bereiche Justiz, Strafvollzug, Bildung, Soziale Wohlfahrt und Gesundheit konzentrieren und verstärkt werden. Vor allem in der Gesundheitsdirektion ortet die SVP verschiedene Krankheitssymptome. Immer wenn es an effizienter und zielgerichteter Führung mangelt, entsteht der Wunsch nach übergrossen Mitarbeiterstäben,

sowie nach einer Vielzahl von Statistiken und Berichten. Dies alles treibt jedoch die Kosten in unermessliche Höhen. Die SVP ist überzeugt, dass bei einem zielgerichteten Einsatz von Spitalpersonal und insbesondere der Assistenzärzte vieles erreicht werden könnte, ohne dass die Kosten immer mehr in die Höhe schnellen. Man kann sich mit Fug und Recht fragen, warum ausgebildete Ärzte den Hauptanteil ihres Einsatzes für administrative und bürokratische Aufgaben aufzuwenden haben.

Wenn wir nicht in allen Verwaltungsabteilungen den Hebel ansetzen, laufen wir bald Gefahr, die Ausgaben aus der Kontrolle zu verlieren. Die Folgen wären Steuererhöhungen sowie höhere Abgaben und Gebühren. Dazu bietet die SVP bestimmt nicht Hand.

Auf der Einnahmenseite konnten die 9,8 Mrd. Franken, welche zu einem ausgeglichenen Budget reichen, nur dank ausserordentlichen und einmaligen Erträgen wie etwa die Verminderung der Arbeitgeberbeiträge an die BVK, die Beschlagnahmung von Drogengeldern und so weiter erzielt werden.

Aus all den genannten Gründen würde es die SVP begrüßen, wenn auch die anderen beiden bürgerlichen Partner FDP und CVP mit einem rigorosen Sparkurs ihren unabdingbaren Willen zur Haushaltsanierung kundtun würden und an der ursprünglich vereinbarten Zielsetzung einer Ausgabenplafonierung festgehalten hätten. Die SVP weiss zur Genüge, dass Nein sagen zu allen Wünschen viel härter ist als nachgeben.

Zum Forderungskatalog der Linken und zum Teil der Grünen: Die linke Ratsseite sieht das Heil des Wirtschaftskantons Zürich in der Ausweitung der staatlichen Tätigkeit und in der Ausschüttung des ohnehin schon leeren Füllhorns in verschiedensten Bereichen der Sozialen Wohlfahrt und anderem mehr. Anstatt einer Verdoppelung der Prämienverbilligung bei den Krankenkassenprämien wäre es nach Ansicht der SVP wahrscheinlich besser, wenn einzelne Bürger und Bürgerinnen unseres Landes wieder vermehrt auf Werte wie Selbstverantwortung und Leistungsbereitschaft aufmerksam gemacht würden. Die Einführung neuer Steuern und Abgaben sowie die Erhöhung des Steuerfusses bedeutet für die Linksparteien offenbar das Höchste aller Gefühle. Dass damit immer wieder gute Steuerzahler abwandern und möglicherweise interessierte Unternehmungen kaum mehr geködert werden können, scheint sie nicht zu stören. Auch wenn die Sozial- und Gesundheitskosten exponentiell in die Höhe steigen, ist ihr Hunger nach mehr Staat noch lange nicht gestillt. Einzig bei den Investitionen, das heisst bei der Bereitstellung einer optimalen Infrastruktur für die Einwohnerinnen

und Einwohner sowie für die Wirtschaft etwa beim Strassenbau, beim Erneuerungsunterhalt und so weiter will die linke und vor allem grüne Seite (*Die Redezeit ist abgelaufen*).

Ernst Jud (FDP, Hedingen): Angesichts der sich laut Endresultat abzeichnenden schwarzen Zahlen habe ich heute den schwarzen Kittel angezogen. Ich hoffe, dass ich bis zur Schlussabstimmung nicht in einen roten schlüpfen muss.

Es geschieht bei Leibe kein Wunder, auch wenn wir erstmals in den 90er-Jahren einen Voranschlag mit knapp schwarzen Zahlen beschliessen. Aber es ist eine erfreuliche Tatsache und ist Zeugnis von Anstrengungen und Bemühungen seitens der Regierung und Verwaltung. Es hätte mich noch mehr befriedigt, wenn der letzte Schritt zum Ausgleich auch vom Antragsteller gemacht worden wäre.

Das positive Endresultat, bei dem es hoffentlich bleiben wird, ist auch der konsequenten Haltung der bürgerlichen Ratsmitglieder vorab in der Finanzkommission zuzuschreiben. Bei den Kürzungsbemühungen haben aber die Kollegen rechts von mir teilweise übertrieben. Ich ersuche deshalb jetzt schon, die Minderheitsanträge für grössere Kürzungen abzulehnen wie selbstverständlich auch die Anträge von gegenüber für horrende Mehrausgaben, die das Budget wieder tiefrot anlaufen lassen würden. Der ausgeglichene Voranschlag lässt etwas Hoffnung für die Zukunft aufkommen. Er ist ein richtiger Schritt in Richtung Haushaltsanierung, aber nur ein Schritt und nur ein Momentbild für 1999. Wie der Finanzplan zeigt, sind weitere Schritte nötig. Nach erfolgreichem ersten Zieldurchlauf sind in den kommenden Jahren anstrengende Zusatzrunden zu absolvieren, um das Endziel zu erreichen. Es nützt nichts, Herr Bucher, wenn Sie immer wieder die Vergangenheit der 80er-Jahre für Ihre Argumente hervorklauben. Wir müssen mit der Gegenwart leben und vor allem in die Zukunft schauen.

Lassen Sie mich noch näher auf die Investitionen eingehen. Der Voranschlag sieht Bruttoinvestitionen von über 1,1 Mrd. Franken und Nettoinvestitionen von 857 Mio. Franken vor. Wir gehen davon aus, dass diese Ausgaben nötig sind und sorgfältig geprüft worden sind. Der eine oder andere Antrag liesse sich vielleicht verschieben, was sich aber nur auf die folgenden Jahre auswirken würde. Lineare Streichungen oder die Ablehnung einzelner Positionen ohne detaillierte Abklärung sind wenig sinnvoll und eine Strafe für seriöse Anträge.

Wir sind aber der Meinung, dass generell und vor allem im Bereich des Bauens Kosteneinsparungen möglich sind, denn die Investitionen in

diesem Bereich geben immer wieder zu Diskussionen Anlass. Es ist angebracht und nötig, wie die Erfahrungen aus der Privatwirtschaft zeigen, dass grössere Bauvorhaben von A bis Z speziell während dem Bau von externen beziehungsweise neutralen Fachleuten begleitet werden. Aus diesem Grund reiche ich zusammen mit Kollege Martin Vollenwyder ein entsprechendes Postulat ein, in dem der Regierungsrat ersucht wird, die Einführung eines wirkungsvollen Baucontrollings zu prüfen. Wir hoffen auf eine positive Reaktion und eine möglichst rasche Handlung, damit eine solche Massnahme bald wirksam wird und der Staat mit diesem Instrument wesentliche Kostenreduktionen erzielen kann.

In diesem Sinne lehnen wir Kürzungen und Streichungen bei den beantragten Investitionen ab. Schliesslich profitiert von diesen Arbeiten und Lieferungen auch die Privatwirtschaft, was sich wiederum positiv auf Arbeitsplätze und Steuererträge auswirken wird. Insbesondere lehnen wir die zahlreichen linearen Kürzungsanträge der Grünen Partei ab, hauptsächlich zu den Konti 5037, Erneuerungsunterhalt der Liegenschaften. Sie sind beim gleichzeitigen Hinweis auf Verlotterung der Bauten kaum verständlich. Dazu lehnen wir auch die Sparwut aus gleicher Ecke in der Höhe von nicht weniger als 130 Mio. Franken beim Nationalstrassenbau ab. Das ist ein Unsinn, nachdem die Finanzierung gesichert ist und der Bund die Kantone aufgefordert hat, das beschlossene Nationalstrassennetz bis spätestens 2013 fertigzustellen. Ausser den Grünen haben mittlerweile alle eingesehen, dass das angefangene Werk zu Ende geführt werden muss und die letzten Lücken zügig geschlossen werden müssen. Ich verweise auf die Diskussion anlässlich der Behandlung des Strassenbauprogramms.

Ich bitte Sie, sich bei der Detailberatung entsprechend zu verhalten.

Marie-Therese Büsser-Beer (Grüne, Rüti): Vor bald vier Jahren ist die bürgerliche Mehrheit im Regierungs- und im Kantonsrat mit dem Ziel angetreten, den Staatshaushalt zu sanieren. Nun haben wir einen ausgeglichenen Voranschlag, aber niemand ist richtig glücklich darüber, ausser vielleicht einige oberflächliche Wahlkämpferinnen und Wahlkämpfer.

Es ist sicher nicht so, dass wir Grüne ihnen den Erfolg nicht gönnen würden. Auch wir stehen dazu, dass eine weitere Anhäufung des Schuldenbergs sicher nicht anzustreben ist. Alle, die diese Zahlen etwas genauer ansehen, die mehr zur Kenntnis nehmen als nur den Saldo der laufenden Rechnung, sehen sehr schnell, dass es sich um einen kurzfristigen Erfolg handelt, dem jegliche Nachhaltigkeit fehlt, und der

wesentlich auf wenigen einmaligen Ereignissen beruht. Deshalb herrscht wahrscheinlich auch gedämpfte Freude. Ich bestreite nicht, dass Regierung und Verwaltung in den letzten Jahren grosse Anstrengungen unternommen haben. Die Staatstätigkeit wurde effizienter. Vieles wurde zu Recht hinterfragt. Zugleich, das dürfen wir nicht vergessen, wurde der Druck auf das Personal gewaltig erhöht, notabene ohne finanzielle Anerkennung der besseren Leistung. Wichtige staatliche Tätigkeiten wurden eingeschränkt und Aufgaben abgebaut oder an die Gemeinden verschoben.

Eine ausgeglichene Laufende Rechnung ist also noch lange keine Sanierung des Staatshaushalts. Für eine nachhaltige Sanierung müssen Sparmassnahmen sehr genau auf alle Folgekosten in anderen Bereichen oder auf eventuell später entstehende Mehrkosten hinterfragt werden. Die massiven sogenannten Einsparungen im Gebäudeunterhalt stellen zum Beispiel nur kurzfristige Sparpotentiale dar. Ein längerfristiges Sparpotential liegt hingegen in den Neuanschaffungen, insbesondere im Investitionsbereich. Dort werden die Weichen für die Zukunft gestellt. Die finanziellen Lasten für die Folgejahre werden dort entschieden. Abschreibungen, Zinsen, Betriebs- und Unterhaltskosten belasten den Haushalt und sollen deshalb sehr gut überlegt sein. Ich stehe dafür ein, dass dort in Zukunft Beschränkungen nötig sind. Wir leisten uns heute teure neue Gebäudehüllen, für deren Betrieb uns in Zukunft das Geld fehlen wird. Zudem tätigt der Kanton in beunruhigend steigendem Ausmass Investitionen im Bereich des Strassenausbaus und beim Ausbau des Flughafens. Das wird neben den bereits genannten Folgekosten zusätzliche Umweltfolgekosten in unbekannter Höhe verursachen.

Ins gleiche Kapitel gehören die von der Finanzkommissionsmehrheit vorgenommenen Kürzungen im Umweltbereich. Die Auswirkungen von weniger Natur- und Landschaftsschutz, Verzögerungen in der Luftreinhaltung oder noch weniger Möglichkeiten für rationelle Energienutzungen sind mittel- und längerfristig keine Einsparungen, son-

dern sie werden für die nächste Generation bedeutende finanzielle Mehrbelastungen zur Folge haben. Ich möchte dafür nicht mitverantwortlich sein müssen.

Meinen Ausführungen können Sie entnehmen, dass wir Grüne ganz grundsätzliche Vorbehalte gegenüber dem vorliegenden Voranschlag haben. Mit unseren Anträgen haben wir dennoch versucht, einige Korrekturen anzubringen.

Ebenfalls grundsätzliche Vorbehalte gibt es in unserer Fraktion gegen den Umgang mit den Globalbudgets. Bis anhin waren die Ämter mit Globalbudgets ziemlich in der Minderheit. Der Rat hat es in den vergangenen Jahren fast gänzlich abgelehnt, einmal grundsätzlich über die Aussagekraft und die Steuerungsmöglichkeiten von Globalbudgets zu diskutieren. Im Voranschlag 1999 werden uns nun 42 Prozent des Staatshaushalts mittels Globalbudgetierung vorgelegt. Ich denke, es ist dringend an der Zeit, dass sich das Parlament dazu Gedanken macht. Zu Beginn der Reformen wurde uns versprochen, dass wir grundsätzlichere Entscheide fällen würden, als nur über Zahlen in einzelnen Konti. Wir sollten über Leistungen und Wirkungen in Kenntnis der dazugehörigen Kosten entscheiden. Wenn ich dieses höhere Ziel mit der Realität vergleiche, bleibt bei mir eine ziemlich grosse Ernüchterung. Ich akzeptiere selbstverständlich alle Einwendungen der Schwierigkeiten in einer Veränderungsphase und der zurzeit noch fehlenden personellen und EDV-mässigen Grundlagen. Ich anerkenne selbstverständlich auch die alljährlich sichtbaren Verbesserungen bei den Globalbudgets.

Ich habe aber allergrösste Mühe mit der Philosophie der Finanzkommissionsmehrheit, einfach alle Vorgaben von Regierung und Verwaltung ohne grosses Hinterfragen zu akzeptieren. Auch beim besten Willen der genannten Partner sind es in diesem Prozess doch letztlich die Finanzkommission und der Kantonsrat, die ihre Bedürfnisse formulieren und mit Nachdruck vertreten müssen. Die laue Haltung der bürgerlichen Mehrheit hat zur Folge, dass die Finanzkommission zu einem schwachen Gremium in diesem Prozess geworden ist. Die Finanzkommission konnte es nicht einmal durchsetzen, dass ihr die Vorjahreszahlen bei den neuen Globalbudgets geliefert wurden, ein doch wirklich unverzichtbares Instrument zur Beurteilung. Wären wir geeinter und bestimmter aufgetreten, wären wir sicher nicht so einfach zu ignorieren gewesen. Als sich die Finanzkommission im Verlauf der Budgetberatungen doch noch in einem Punkt zusammenraufte und

einstimmig für das Hochbauamt eine Leistungsbeschreibung verlangte, die eine brauchbare Aussage zum Leistungsteil machte, war dieser Wunsch für die Regierung nicht einmal mehr eine Antwort wert, geschweige denn eine Tat in der verlangten Richtung. Ich bin aber überzeugt, dass sich das die Finanzkommission selber zuzuschreiben hat. Ob dies allerdings der Mehrheit zu denken gibt, da bin ich mir nicht sicher. Die Finanzkommission hat es eindeutig verpasst, für die im nächsten Jahr zuständigen Fachkommission Vorarbeit zu leisten und zu demonstrieren, dass das Parlament ein wichtiger Partner im Entwicklungsprozess der Globalbudgets sein muss. Auch in bezug auf die Diskussion der Zusammenhänge von Leistungsbeschreibung und finanziellen Mitteln war die Leistung der Finanzkommissionsmehrheit schwach. Ohne über die Leistungen und Wirkungen ein Wort zu verlieren, wurden mit der lapidaren Begründung der Effizienzsteigerung Kredite gekürzt. Dieses Vorgehen ist mir zu billig. Wir nehmen damit unseren Auftrag von Seiten der Stimmbürgerschaft nicht ernst. Ich meine, diese haben ein Recht darauf zu wissen, was Einsparungen im Leistungsteil bewirken. Für uns als Parlamentarierinnen und Parlamentarier ist es eine Pflicht, solche Veränderungen durch Einsparungen zu eruieren, zu werten und nach aussen zu vertreten.

Trotz grosser Vorbehalte werden die Grünen auf den Voranschlag eintreten. Ich bitte Sie, unsere Minderheitsanträge in der Detailberatung zu unterstützen.

Werner Scherrer (EVP, Uster): Der vorliegende Antrag zum Voranschlag 1999 zeigt ein trügerisches Bild. Das Ergebnis scheint besser als die Finanzlage in Wirklichkeit ist. Bedeutende einmalige Faktoren beschönigen die Realität. So sind bereits die zirka 100 Mio. Franken Beiträge an die Beamtenversicherungskasse erwähnt worden, die zurzeit und nächstes Jahr nicht ausgerichtet werden müssen, 50 Mio. Franken ausserordentliche Beschlagnahme von Drogengeldern und 84 Mio. Franken an den Lastenausgleich für die Stadt Zürich, etwa drei Steuerprozent notabene, die noch nicht in den Voranschlag aufgenommen sind. Diese Positionen allein machen 234 Mio. Franken aus. Dabei sind wichtige sozialpolitische Notwendigkeiten nicht angesprochen, beispielsweise das Engagement des Kantons an Massnahmen gegen die Langzeitarbeitslosigkeit. Das wird in der Detailberatung bei der Volkswirtschaftsdirektion beziehungsweise beim Kanto-

nalen Sozialamt noch erläutert werden. Ebenso fehlt ein angemessener Anteil an Prämienverbilligungen der Krankenversicherung, bei der eine Erhöhung ein Thema ist.

Der Finanzplan, das wurde auch mehrfach angesprochen, weist einen Fehlbetrag von 350 Mio. Franken pro Jahr aus. Er offenbart beileibe keine rosigen Zeiten. Ergo, der turn around ist noch nicht geschafft. Trotzdem hat der Voranschlag 1999 Signalwirkung, sowohl bezüglich der Einsparungen als auch auf Seiten der Ausgaben. Vor diesem Hintergrund hat der Sprechende bürgerliche Anträge in breiter Anzahl unterstützt, um die Reduktion des Aufwands zu unterstützen, dies natürlich in Erwartung, dass sozialpolitische Anträge auf der gegenüberliegenden Ratsseite ebenso Gehör finden. Dies betrifft insbesondere die erwähnte Erhöhung der Einlage in den Arbeitslosenfonds von 5 Mio. Franken und die Beiträge zur Prämienverbilligung von 55,1 Mio. Franken. Ich weiss, dass Ausgabenerhöhungen nur möglich sind, wenn anderswo eingespart wird. Die EVP-Fraktion hat dieses Vorgehen nur gebilligt, wenn die Signale von der bürgerlichen Seite klar erkennbar gewesen sind. Einschränkend ist hier anzufügen, dass die EVP Anträgen – von welcher Seite auch immer sie vorgebracht werden –, die eine Reduktion des Liegenschaften- und Anlagenunterhalts betreffen, die Zustimmung versagt. Auch der Erhöhung der Gebührenerträge stimmt die EVP nicht zu, weil dies reine Budgetkosmetik ist. Man kann davon ausgehen, dass die Verwaltung beziehungsweise der Regierungsrat, zumindest was die Einnahmen betrifft, sehr wohl budgetieren können.

Ein paar Worte zur Arbeit in der Finanzkommission: Auch dieses Jahr ist festzustellen, dass die Grenzen des Milizsystems überschritten worden sind. Die Antworten zu Detailfragen füllen Bundesordner. Sie alle müssen studiert und gewertet werden. Sie sind plausibel und überzeugend wie immer. Die Frage stellt sich aber, ob hier der Überblick zu behalten ist. Eine Übersicht über mehrere Jahre, zumindest was die Vergangenheit betrifft, fehlt. Die Ämterverschiebungen infolge Reorganisation und Neudarstellungen in Globalbudgets in den Vorjahren machen einen Vergleich praktisch unmöglich. Versucht man, Besoldungskonti über mehrere Jahre zu vergleichen, ist es angesichts der Globalbudgets nicht möglich, direkte Vergleiche vorzunehmen. Ich habe in mühsamer Kleinarbeit eine Tabelle erstellt und dabei die Beamtenversicherungsbeiträge mit hochgerechnet, um so wenigstens einen Vergleich über mehrere Jahre pro Amt zu erhalten. Mit dem Novemberbrief wurde diese Arbeit zum grössten Teil wieder hinfällig, weil die neuen Ämterverschiebungen und Umkontierungen aufgezeichnet wurden. Ich

frage mich allen Ernstes, ob wenigstens der Regierungsrat noch die Übersicht hat. Sie gestatten mir, dass ich da meine Zweifel hege. Als Beispiel sei das neue Amt für Verkehr erwähnt. Die Finanzkommission hat gefragt, aus welchen Ämtern sich die neuen Stellen rekrutieren. Bis zum Schluss ist unklar, wo die letzten Stellen herkommen sollen, um dieses Amt zu führen. Es bleibt mir der unangenehme Beigeschmack, ob die personellen Ressourcen über die gesamte Verwaltung optimal eingesetzt werden.

Ich möchte mich der generellen Kritik betreffend Globalbudgets anschliessen. Man findet bei den Globalbudgets extreme Qualitätsunterschiede. Die neuen Globalbudgets leisten sich wirklich den Luxus, Vergleiche zum laufenden Jahr und zu den Zahlen von 1997 wegzulassen. Kritik scheint mir nicht ernst genommen zu werden. Ich werde mich da an der eigenen Nase nehmen müssen, dass die Finanzkommission diesbezüglich nicht achtsam gewesen ist.

Wir müssen aber trotzdem auf den Voranschlag eintreten und die Detailberatung angehen.

Im Namen und im Auftrag der EVP-Fraktion gebe ich zum Ausdruck, dass es der bürgerlichen Regierung trotz Novemberbrief und den Sparanträgen der Finanzkommission, nicht gelungen ist, die negative Finanzlage in den Griff zu bekommen. Es sind noch weit mehr Massnahmen gefordert, die nicht in erster Linie zu Lasten des sozialen Gleichgewichts gehen dürfen. Die Steuerfussfrage wird für die EVP in den nächsten Jahren kein Tabu sein.

Markus J. Werner (CVP, Niederglatt): Bevor ich in den Ring des alljährlich stattfindenden, finanzpolitischen Schattenboxens eintrete, möchte ich vorab Liselotte Illi im Namen der Fraktion meinen allerherzlichsten Dank aussprechen. Sie hat dieses Jahr zusammen mit Evi Didierjean Leimgruber Grossartiges geleistet. Man kann nicht oft genug betonen, dass sie sich weit weg vom Amt eines Milizparlamentarierers beziehungsweise einer Milizparlamentarierin befunden hat. In den Dank einschliessen möchte ich auch Rudolf Meier von der Finanzverwaltung, Finanzdirektor Eric Honegger und die gesamte Regierung, mit welcher die Zusammenarbeit zumindest in diesem Jahr erfreulicherweise sehr gut geklappt hat.

Vorbei mit dem Blumenverteilen. Wenn wir Vorwürfe hören, wie, die Finanzkommission habe nicht seriös gearbeitet und die Regierung habe sich im Budgetretuschieren geübt, möchte ich kurz darauf hinweisen, dass jedes Budget einen Vorlauf hat und eine Vorgeschichte aufweist.

Diese Vorgeschichte zeigt doch recht deutlich, welche grosse Anstrengungen die Regierung, aber auch die bürgerlich dominierte Finanzkommission, dieses Jahr geleistet haben. Ich erinnere daran, dass der Regierungsratsbeschluss vom 3. Dezember 1997 für das kommende Jahr einen Fehlbetrag von 576 Mio. Franken im Saldo aufgewiesen hat. Wir hatten Mitte Jahr, das heisst per Juni 1998 nach wie vor eine halbe Milliarde Franken Fehlbetrag, bevor die diversen Sparübungen des Regierungsrates, immer sekundiert von der Finanzkommission, eingesetzt haben. Die Panik ging erst dann los, als die SP mit Schrecken feststellen musste, dass der Voranschlag der am 9. September 1998 verabschiedet wurde, bloss noch knapp 100 Mio. Franken Defizit in der laufenden Rechnung ausweist und nachdem sich abgezeichnet hat, dass mit dem Novemberbrief und den Anträgen der Finanzkommission gar ein Überschuss erreicht werden könnte. Da brannten die Nerven gleich reihenweise durch. Wir haben das heute im Ansatz gehört.

Es ist ein respektables Resultat. Ich möchte nichts beschönigen. Wir wissen um die Glücksfälle und haben sie sehr gerne entgegengenommen. Mit diesen ausserordentlichen Erträgen werden wir im kommenden Jahr ein in diesem Ausmass nicht vorhersehbares, positives Resultat erzielen können. Die CVP-Fraktion hat sich nicht nur mit dem bescheidenen Überschuss begnügt, sondern sie hat während der Vorberatung dieser Vorlage stets darauf hingewiesen, dass man auf eine Umlegung der Auswirkungen des «Zweidrittelsbeschlusses» und der übrigen Querschnittmassnahmen verzichten sollte, weil diese einzelnen Anträge vermutlich ein mittelgrosses Branchenbuch gefüllt hätten. Die Regierung hat uns versichert, dass man an der Umsetzung des «Zweidrittelsbeschlusses» und an der Umsetzung dieser übrigen Sparmassnahmen festhalten werde. Dadurch würde sich freilich die Ertragslage deutlich verbessern. Wir hätten es dann mit einem Überschuss in der Grössenordnung von etwa 100 bis 150 Mio. Franken im laufenden Jahr zu tun. Betrachtet man die Risiken, welche in den nächsten Jahren ins Haus stehen, können wir davon ausgehen, dass der Sockelbetrag, den es zu beseitigen gilt, rund 250 bis 300 Mio. Franken betragen wird. Auch dieser Betrag wurde ganz signifikant reduziert, und zwar nicht einfach so, sondern dank dem permanenten Druck von Regierung und Finanzkommission. Dieser Betrag wies im Finanzplan bei steigender Tendenz Zahlenwerte im Bereich zwischen 575 und 780 Mio. Franken im Jahr 2002 auf. Um so erfreulicher ist es, dass wir in den kommenden Jahren einen Betrag der Grössenordnung von 200 bis 250 Mio. Franken werden beseitigen müssen.

Wenn ich solche Appelle von der SVP oder von anderen Parteien höre, frage ich mich, an wen sich diese richten. Es ist beileibe keine grosse Sache, hier im Rat dauernd den Sparwillen zu dokumentieren, wenn man die konkreten Sparpakete, die uns die Regierung dann unterbreitet, bachab schickt. Die CVP hat es hier anders gehalten. Wir haben uns in den leiseren Tönen geübt. Wir haben in den vergangenen Jahren, zumindest während dieser Legislatur, die Sparvorschläge der Regierung unterstützt. Wir möchten die anderen Parteien gerne daran erinnern, dass uns da einige Dutzend Millionen Franken verloren gegangen sind, die wir nun im Rahmen der Umsetzung des ALÜB-Programms anderweitig realisieren müssen. Dass diese strukturellen Defizite in der Grössenordnung von 250 bis 300 Mio. Franken nicht durch Steuererhöhungen kompensiert werden können, muss jedem in diesem Saal klar sein. Wir können nicht, Schlag auf Schlag acht bis zehn Steuerprozent zulegen und wie das erwähnt worden ist, glauben, dass dann die Steuern wieder sprudeln werden.

Der Preis für diese schwarzen Zahlen, die wir nun präsentieren können und die durch den strikten Budgetvollzug noch deutlich verbessert würden, ist beileibe nicht so hoch. Es ist mitnichten so, dass die schwarzen Zahlen von irgendwelchen benachteiligten Gruppen erkaufte worden sind. In diesem Jahr wird kein Franken weniger an KVG-Geldern ausbezahlt, Adrian Bucher. Es wäre allerdings schön, wenn Ihr der CVP in ihrem Bestreben, die familienfeindliche Verteilung dieser KVG-Gelder endlich zu beseitigen, helfen würdet. Das wäre eine tolle Sache. Ihr werdet im Verlaufe dieser Debatte noch die Möglichkeit dazu haben.

Alles in allem möchte die CVP Ihnen beliebt machen, auf das Budget einzutreten und die Mehrheitsanträge der Finanzkommission zu unterstützen.

Max F. Clerici (FDP, Horgen): Mit dem vorliegenden, im Unschärfenbereich ausgeglichenen Budget, hat der Regierungsrat einen bedeutenden Zwischenpunkt gesetzt. Jetzt gilt es, mit der Detailberatung diesen Voranschlag zu diskutieren und auch zu würdigen. Trotz des ausgeglichenen Voranschlags darf das nicht die Beendigung der genauen finanziellen Beobachtung der Ausgabenseite bedeuten. Das Eigenkapital ist gemäss vorliegender Hochrechnung für das Rechnungsjahr 1998 bald auf einem historischen Tiefstwert von zirka 170 Mio. Franken angelangt. Deshalb ist ein spezielles Augenmerk auf den Finanzplan zu richten, der ein düsteres Szenario aufweist.

Ich möchte Ihnen kurz den Sinn und Zweck eines Finanzplans in Erinnerung rufen. Die Finanzplanung ist die zielgerichtete, planerische Steuerung des Finanzhaushalts. Sie ist rechtlich unverbindlich und fusst auf der Analyse der bisherigen Finanzentwicklung und deren Prognose über eine mehrjährige Planungsperiode. Die Finanzplanung ist das Führungs- und Koordinationsinstrument für die Exekutive und die Verwaltung, sowie das finanzpolitische Orientierungsinstrument für uns Bürger. Aus dem Finanzplan sind Steuer- und Gebührenpolitik, Investitionspolitik, Spar- oder Leistungsausbaupolitik abzuleiten. Um beim letzten Punkt zu bleiben: Bei einem prognostizierten Defizit von jeweils 300 bis 350 Mio. Franken für die Jahre 2000 bis 2002 gibt es nur ein Ziel, nämlich sehr haushälterisch mit den finanziellen Ressourcen des Kantons Zürich umzugehen.

In diesem Sinn bitte ich Sie, das Budget 1999 gemäss den Anträgen der FDP-Fraktion zu verabschieden.

Bernhard Egg (SP, Elgg): Erlauben Sie mir als Referent für einen Teil der Bildungsdirektion vorab einige Bemerkungen zur BI wie sie neu heisst, weil von dieser Direktion in letzter Zeit oft gesagt worden ist, dass dort kein Stein auf dem anderen geblieben ist. Dieses Bild assoziiert Eindrücke von Trümmerhaufen und Chaos. Das stimmt so natürlich nicht. Die neue Direktion zeichnet sich durch eine fachgerechte, einleuchtende Organisation aus. Bei den Bildungsinstituten sind Universität und Fachhochschulen samt übernommener Schule für Gestaltung verselbständigt. Die Berufsschulen kamen von der Volkswirtschaftsdirektion dazu. Praktisch die ganze Direktion wurde neu geordnet. Gleichzeitig mit der umfassenden Umstrukturierung kann die Direktion aber auch einen beachtlichen Output an Gesetzesvorlagen verzeichnen. Sie kennen die Stichworte. Es kamen zahlreiche Aktivitäten dazu, zu denen das Parlament nichts zu sagen hatte: Schulprojekt 21 und Englischobligatorium Oberstufe. In diesen Bereichen kamen auch die «Aber».

Zu den Finanzen: Hier stellt man leicht fest, dass gegenüber den Vorjahren, angefangen beim Gesamtaufwand von rund 2,2 Mrd. Franken, kaum mehr ein Zahlenbereich vergleichbar ist. Wer das Budgetbuch aufschlägt und Vergleiche anstellen will, resigniert sehr bald. Das wurde mehrfach beklagt. Bei den Differenzbegründungen steht ganze Spalten lang das Wort «Umkontierung». Nur mit grossem Aufwand liesse sich feststellen, ob ein Aufgabenbereich nun im nächsten Jahr teurer wird oder nicht. Die Direktion steht selber dazu. Sie schreibt im

Rahmen der Beantwortung der Einfragen der Finanzkommission: «Ausser den Amtsstellen Berufsschulen und Lehrmittelverlag sind alle anderen neu strukturiert und somit aufwands- und ertragsseitig mit den Vorjahren nicht mehr vergleichbar.» Das macht die parlamentarische Arbeit nicht gerade einfacher. Einfragen zu einzelnen Bildungsbereichen haben zum Beispiel bei der Zusammenlegung des Amtes für Berufsbildung mit der Abteilung Mittelschulen ergeben, dass die Umstrukturierung noch nicht abgeschlossen und eine Prognose über die Höhe der Kostensenkung infolge Zusammenlegung noch verfrüht ist. Bei der Universität wurde festgehalten, die Verselbständigung der Uni bringe dem Staat unter dem Strich zumindest kurzfristig und absolut gesehen zwar keine finanzielle Entlastung, aber immerhin eine Stabilisierung. Eine mittel- und langfristige Quantifizierung sei aufgrund der nur schwer abschätzbaren Entwicklung der Studentenzahlen und der universitären Arbeitsteilung heute kaum möglich. Hinter dieser Floskel verbirgt sich die Tatsache, dass mittelfristig durch die stark steigenden Studentenzahlen infolge Verkürzung der Mittelschuldauer erhebliche finanzielle Mehrbelastungen auf uns zukommen dürften. Die Kostenentwicklung im Bildungsbereich wird, nach Abschluss der Umstrukturierung, um so aufmerksamer zu verfolgen sein.

Mit der Nichtvergleichbarkeit kann sich die SP-Fraktion noch abfinden. Wesentlich mehr Bedenken haben wir, wenn auf der einen Seite immer die zentrale Bedeutung der Bildung betont wird, vom wichtigsten Rohstoff unseres Landes und von Standortvorteil gesprochen wird, andererseits aber Zulassungsbeschränkung eingeführt, Gebühren erhöht, Zurückhaltung bei den Stipendien geübt, Kosten für Lehrmittel auf die Auszubildenden überwältzt werden sollen und Lehrpersonal und Schulbehörden vor lauter Reform kaum mehr zur Ruhe kommen.

Die SP wird sich weiterhin für den bestmöglichen Zugang zur Bildung und für die Unentgeltlichkeit des Unterrichts an der Volksschule wehren und vorgesehene Sponsorings kritisch beurteilen. Das Personal hat die Umstrukturierung und das forsche Revisionstempo in der Regel mit grossem Einsatz mitgemacht, das wohlverstanden seit Jahren ohne Aussicht auf Ausgleich beim Lohn. Das Personal steht unter grossem Druck und in der Kritik der Öffentlichkeit, die den zu teuren Staat beklagt. In einzelnen Sparten ist das Fass übergelaufen. In zahlreichen Bereichen ist das Personal am Anschlag und «vertäubt». Ich erwähne die Assistenzärzte, von denen wir noch hören werden, das Pflegepersonal, die Fremdenpolizei oder die Mitarbeiterschaft im Strafvollzug. Die Zitrone Personal ist ausgepresst und Regierung und Kantonsrat tun gut daran,

das in dieser Debatte zu beherzigen. Beim Personal finden wir die blanken Nerven, nicht in der Finanzkommission, Kollege Markus Werner. Die Personalfrage gibt mir das Stichwort zu den Globalbudgets. Viel hat man dem Personal versprochen: mehr Handlungsfreiheit, weniger Einengung durch die Kontenverbindlichkeit und anderes mehr. Die Realität sieht, geht man von den bürgerlichen Kürzungsanträgen aus, anders aus. Kredite werden mit dem simplen Hinweis gekürzt, die Leistung sei effizienter zu erbringen. Wer glaubt denn, das wirke motivierend? Ist das gegenüber den Leistungserbringern fair? Bald die Hälfte des Staatshaushalts wird über Globalbudgets abgewickelt. 41 sind es heute, zahlreiche weitere werden folgen. In diesem Saal sitzen lauter Personen, die für sich in Anspruch nehmen, sie wüssten, dass ein Globalbudget mehr ist als die Ermächtigung, einen Globus für die Wohnwand zu kaufen. Der Umgang mit den Globalbudgets ist aber höchst unterschiedlich. Ein Teil der Sparpolitiker, vor allem in der SVP, kürzt Kredite, ohne die Leistungsumschreibungen anzutasten. Das heisst im Klartext, sie bestellen Leistungen, ohne sie bezahlen zu wollen.

Als neues Mitglied der Finanzkommission habe ich mich zusammen mit Marie-Therese Büsser-Beer gewundert, wie oft wir in den Beratungen an denselben kritischen Punkt gelangt sind. Es wurde geltend gemacht, zu den Leistungen müsse man sich erst äussern, wenn es um grössere Beträge gehe. Nun, kleinere Beträge zu kürzen, macht wohl nicht viel Sinn. Bei den grösseren, was auch immer darunter zu verstehen ist, beisst sich die Pauschalkürzung mit der Grundidee der Globalbudgets. Paragraph 5 Absatz 2 der Verordnung über das Globalbudget hält denn auch fest, der Kantonsrat beschliesse für die Stellen oder Leistungsgruppen ein Brutto- oder ein Nettobudget mit einer Leistungsumschreibung. Das Parlament kommt also klar nicht darum herum, sich mit den Leistungen auseinanderzusetzen. Wir werden bei einzelnen Kürzungsanträgen darauf zurückkommen. Die Ausgestaltung der Globalbudgets ist, wie alle leicht feststellen können, noch von recht unterschiedlichem Reifegrad. Die Verwaltung ist auf dem Wege. Was Experte Kuno Schedler für die ihm unterbreiteten Budgets konstatierte, ersehen Sie aus dem Antrag der Finanzkommission. Ungeteilte Zustimmung findet der Experte nicht.

Die Finanzkommission hat eine Orientierung über die Weiterentwicklung der Globalbudgets erhalten. Der erste Eindruck war durchwegs interessant. Auch die SP ist vorsichtig und kritisch optimistisch.

Bruno Kuhn (SVP, Lindau): Zuerst danke ich den zwei Frauen am Kopf unserer Finanzkommission, die sich im Rahmen der Budgetdebatte sehr stark engagiert haben. Liselotte Illi hat in viel Kleinarbeit die Sitzungen vorbereitet und mit grossem Einsatz geleitet. Evi Didierjean Leimgruber hat es verstanden, die riesige Papierflut, die wir erlebt haben, so zu leiten, dass schliesslich oft lesbare Zusammenfassungen vorhanden gewesen sind.

Ich darf mich grundsätzlich in den Reigen meiner Vorredner einreihen, die sagen, dass es gut ist, erstmals ein Budget mit schwarzen Zahlen präsentieren zu können. Andererseits hat aber die Regierung den Finanzplan am 2. Dezember 1998 verabschiedet. Er dämpft die Freude über das ausgeglichene Budget sofort wieder, sind doch jährliche Defizite von gegen 350 Mio. Franken in Aussicht gestellt. Die SVP fordert daher vom Regierungsrat, alle Anstrengungen zu unternehmen, dass auch in den kommenden Jahren die Ausgaben gesenkt und positive Rechnungsergebnisse präsentiert werden können, und zwar ohne die Vorlage über die Ausgabenbremse, ohne Steuererhöhung und ohne die Erhöhung von Abgaben und Gebühren.

Adrian Bucher hat kritisiert, dass unsere Vorgänger den Steuerfuss in den achtziger Jahren reduziert haben. Glauben Sie wirklich, Herr Bucher, wir hätten den Aufwand in diesem Staat so reduzieren können wie das tatsächlich passiert ist, wenn die Steuern weiterhin oben gewesen wären? Ich bin sicher, das wäre absolut nicht möglich gewesen. Was hätten wir? Wir hätten einen Staat, der wesentlich mehr ausgibt und der wesentlich mehr Bürokratie hätte. Wir hätten aber ganz sicher weniger gute Steuerzahler hier. Wir haben heute morgen gehört, dass es einen Wettbewerb zwischen den Wirtschaftsstandorten gibt. Der Steuerfuss ist ein wichtiger Teil in diesem Wettbewerb. So gesehen war die Reduktion der Steuern mit dem Druck auf die Ausgabenseite sicher richtig.

Der Regierungsrat – das ist eine klare Forderung der SVP – muss weiterhin ernst machen mit dem Abbau von überflüssigen und nicht notwendigen staatlichen Tätigkeiten. Wir haben immer noch solche. Er soll seine Kernaufgaben nicht einschränken, sondern sie weiterhin zur Zufriedenheit der Bürger ausführen. Angesichts der Finanzperspektiven bis ins Jahr 2003 ist die SVP mit dem Voranschlag nicht zufrieden. Daher erwartet sie, dass das Parlament den Mehrheitsanträgen der Finanzkommission sowie den zusätzlichen Anträgen zur Verbesserung der Finanzlage zustimmt und andererseits die Forderungen der linken und grünen Ratsseite, die ein grösseres Defizit bringen würden, ablehnt.

Die SVP verlangt, dass der Regierungsrat seinen Sparkurs auch bei der Vorbereitung auf den nächsten Voranschlag vollumfänglich beibehält. Die SVP wird unter diesen Angaben auf den Voranschlag 1999 eintreten und ihre Anträge zu den verschiedenen Direktionen in der Detailberatung begründen.

Balz Hösly (FDP, Zürich): Erlauben Sie mir zu Beginn der Budgetdebatte einige klare Worte zur Haltung der bürgerlichen Fraktionen und des Freisinns. Der Ausgleich des Staatshaushalts wurde von den fünf bürgerlichen Mitgliedern des Regierungsrates und vom Gesamtregierungsrat als vorrangiges Ziel der Legislatur bezeichnet. Die FDP stellte sich in ihrem Fraktionsprogramm einhellig und unmissverständlich hinter dieses Ziel. Dieses Ziel wird jetzt erreicht. Es wird mit konsequenten Sparanstrengungen und mit einer für Politiker nicht immer populären Durchsetzungskraft erreicht. Diese Haltung wird aber nicht von Einzelnen durchgesetzt, sondern von einer Mehrheit dieses Rates. Diese Mehrheit, der Bürgerblock, wurde von der Fraktionsspitze der SP kürzlich als Auslaufmodell bezeichnet. Dieser frustrationstriefenden Meinung von Willy Spieler – die Erfolge der SP in ihrem Kerngeschäft sind nach eigener Aussage spärlich geblieben – ist klar entgegenzutreten. Für die FDP-Fraktion ist der Bürgerblock alles andere als ein Auslaufmodell. Unzählige Male ist es dank dem Zusammenstehen der FDP, der SVP und der CVP gelungen, linken Maximalforderungen die Schranken zu weisen und die Sparschrauben nicht zu lockern. Vor allem die SP hat immer noch nicht gemerkt, dass eine langfristig gesunde Entwicklung der Staatsfinanzen keinen Ausbau des Sozialstaats mehr erträgt. Sie merkt nicht, das tut mir leid, dass sich insbesondere die FDP bemüht, die sozialen Errungenschaften halten zu können. Allerdings ist für illusorische Sozialromantik und linke Demokratitis in diesem Kanton, der nach wie vor die untersten Einkommen klar unterdurchschnittlich stark besteuert, kein Platz, kein Bedarf und kein Geld. Setzen Sie, meine Damen und Herren von der SP, Ihre Ziele künftig bei der Beratung der Globalbudgets. Dort können Sie mit Zielsetzungen arbeiten und nicht wie Sie es heute tun, à fonds perdu-Beiträge sprechen.

So werden die Bürgerlichen auch heute gegen den Widerstand der Linken beim Naturschutz, bei der Krankenversicherung – nicht aber auf dem Buckel der Assistenzärzte – und bei der Bildungsdirektion die Schleusen nicht öffnen. Die Kürzungsanträge, welche von der FDP gestützt werden, sind fundiert und realistisch. Sie gebrauchen, meine Damen und Herren von der SP, das Wort «neoliberal» mit negativem

Unterton. Ich bin überzeugt, dass Willy Spieler das auch vorbereitet hat. Schade! Ihre Kolleginnen und Kollegen in Europa haben gemerkt, dass dies die einzige mehrheitsfähige Position in einer demokratischen, sozialen und rechtsstaatlichen Gesellschaft ist. Die FDP nimmt diese ein. Die Zürcher Sozialdemokratie lässt da an Zukunftsorientierung vermissen. Sie hat Speck angesetzt. Versuchen Sie doch wenigstens bei dieser Budgetdebatte, sich im Sinne Ihres Sportministers Fehr etwas zu trimmen!

Dorothee Jaun (SP, Fällanden): Da wir uns in der Eintretensdebatte für das Budget befinden, werde ich nun wieder zum Budget sprechen.

Nach mehreren Jahren mit massiven Defiziten in der Staatsrechnung haben wir wieder einmal ein mehr oder weniger ausgeglichenes Budget vorliegen. Meine Vorrednerinnen und Vorredner haben es schon gesagt, das Budget sieht nur deshalb so gut aus, weil einmalige Einnahmen budgetiert werden konnten, nämlich die 50 Mio. Franken aus beschlagnahmten Drogengeldern und 115 Mio. Franken Entnahme aus der Beamtenversicherungskasse. Von einer nachhaltigen Sanierung des Staatshaushalts kann nicht die Rede sein. Die Finanzplanung sieht weiterhin jährliche Defizite von 250 Mio. Franken vor. Es ist behauptet worden, die Regierung habe ihr Versprechen, keine Steuererhöhungen zu machen, einlösen können. Ja, das ist richtig. Aber was hat es uns gekostet? Die Regierung hat die Steuern tief halten können, weil sie in den letzten Jahren für die Laufende Rechnung die Ersparnisse der früheren Jahre verbraucht hat. Im nächsten Jahr betrifft es die Beamtenversicherungskasse und in den letzten acht Jahren war es das Eigenkapital. Diese Regierung hat in den letzten acht Jahren das gesamte Eigenkapital des Kantons verbraucht. Vor acht Jahren waren es noch 2,3 Mrd. Franken. Ende dieses Jahres wird das Eigenkapital bei null angelangt sein. Das heisst, es wurden durchschnittlich 250 Mio. Franken pro Jahr aus dem Vermögen genommen. Für das kommende Jahr kann ein negatives Eigenkapital durch die Entnahmen aus der BVK noch verhindert werden. Die nächsten Löcher wird die Regierung vermutlich mit dem Verkauf des Flughafens stopfen. Aber dann werden alle Vermögenswerte und Ersparnisse unserer Väter und Mütter irgendwann verbraucht sein. Ich halte eine solche Politik nicht für verantwortbar. Es ist kurzfristig, in wenigen Jahren alles zu verbrauchen, was frühere Generationen gespart haben und den kommenden Generationen nichts zu hinterlassen.

Überdies wurde in den letzten Jahren im Kanton zwar gespart, aber zu einem nicht unwesentlichen Teil zu Lasten der Gemeinden. Die Gemeinden wurden vor allem durch die Reduktion von Subventionen in den verschiedensten Bereichen mehr belastet. Dadurch wurden die Gemeinderechnungen belastet, aber auch die Stimmbürger und Stimmbürgerinnen durch massive Erhöhungen der Gebühren. Es ist daher kein Wunder, dass das kantonale Mittel der Steuerfüsse seit 1971 um elf Prozentpunkte gestiegen ist. Sie alle und auch die Unternehmen, Bruno Zuppiger, bekommen eine Steuerrechnung. Sie besteht aus Kantons- und Gemeindesteuern. Was nützt es der einzelnen Steuerzahlerin, wenn die Kantonssteuern niedrig bleiben, aber die Gemeindesteuern um elf Prozent steigen? Staatspolitisch ist eine solche Finanzpolitik unklug, denn die reichen Gemeinden können die Mehrlasten ohne Steuererhöhungen tragen, nicht aber die armen Gemeinden. Weil der Kanton seine ausgleichende Rolle unter den Gemeinden nicht mehr wahrnehmen will, haben die Unterschiede auch zwischen den Gemeindesteuerfüssen in den letzten Jahren erheblich zugenommen. Wir wissen es, die Regierung sieht weitere Attacken auf die Gemeinden vor, nämlich die Abschaffung der Arbeitslosenhilfe und den Verzicht auf Einlagen in den Arbeitslosenfonds, was zu Erhöhungen der Sozialleistungen führt. Zu recht wehren sich deshalb auch die Gemeindepräsidenten dagegen. Neuerlich ist auch wieder die Rede von einer Mehrbelastung der Gemeinden in bezug auf Lehrerlöhne.

Der Wirtschaftsstandort Zürich ist nur dann gesund, wenn Kantons- und Gemeindesteuern vernünftig bleiben. Dafür hat auch der Kanton eine Verantwortung. Es ist kurzsichtig, wenn man nur auf die Erfolge der Regierung, die Steuern tief halten zu können, zählt.

Weitere Opfer der Sparpolitik waren und sind die unteren Einkommensschichten und das Personal. Die Stipendienzahlen reduzierten sich um 25 Prozent. Der Arbeitslosenfonds wurde ausgehöhlt. Er soll auch dieses Jahr nicht gespeist werden. Die Beiträge an die Opferhilfe werden gekürzt. Die im neuen KVG vorgesehenen Vergünstigungen für Krankenkassenprämien werden nicht abgeholt. Das soll auch nicht ändern. Bei stagnierenden Löhnen, steigenden Gebühren und steigenden Krankenkassenprämien wird es für die unteren Einkommensschichten echt eng. Obwohl die Mittel des Staats knapp waren, wurden im Laufe der letzten Jahre nicht nur Steuern gesenkt, sondern weitere Steuervergünstigungen gewährt. Insgesamt waren es gemäss einer Aufstellung der Finanzdirektion seit 1983 20 Mrd. Franken Steuersenkungen und

Steuererleichterungen. Wenn man die kalte Progression nicht rechnet, was korrekt ist, sind es noch 17 Mrd. Franken.

Man hätte nur auf einen Siebtel dieser Steuervergünstigungen verzichten müssen, dann hätte das Eigenkapital nicht angebraucht werden müssen. Es gibt Kreise, die von weiteren Steuersenkungen reden und vom Verzicht auf Erbschafts- und Schenkungssteuern. Zum Glück spricht die FDP nicht davon. Ich habe heute in der Neuen Zürcher Zeitung gelesen und auch gehört, dass die Freisinnig-demokratische Fraktion schon wieder an Steuersenkungen für die höchsten Einkommensschichten denkt, obwohl wir das vor zwei Jahren bei der Gesetzesrevision abgelehnt haben.

Warum blickt die Regierung nie auf die Einnahmen? Jetzt denken Sie wohl, ich spreche von Steuererhöhungen. Da haben Sie sich getäuscht. Ein erster Schritt wäre die Sorge um eine möglichst rasche und korrekte Veranlagung aller Steuerpflichtigen. Es gibt eine Studie, die in der Zeitschrift Cash veröffentlicht worden ist. Daraus geht hervor, dass man die Steuersätze halbieren könnte, wenn alle Menschen in diesem Land auf ihren Einkünften und Vermögen die Steuern, die sie schulden, bezahlen würden. Selbst wenn nur die Hälfte dieser Studie stimmt, müssen wir dort ansetzen.

Die Sozialdemokratische Fraktion hat schon in der Budgetdebatte 1996 auf diesen Umstand hingewiesen und eine Aufstockung des Personals des Steueramtes verlangt. Der Finanzdirektor hat auch versprochen, tätig zu werden. Was ist aber wirklich geschehen? Die Personalstatistik gibt darüber Aufschluss. 1997 hatte das Steueramt nicht etwa mehr Stellen als 1994, sondern 13 Stellen weniger und in der gleichen Zeit verdreifachten sich gemäss Bericht des Regierungsrates die pendenten Steuereinschätzungen von 130'000 Pendenzen auf 416'000 Pendenzen. Dagegen ist unsere Traktandenliste von ungefähr 140 Traktanden direkt bescheiden.

Die SP wird auf das Budget eintreten. Sie ist aber im Sinne meiner Ausführungen mit der Steuerpolitik der Regierung in wesentlichen Punkten nicht einig. Wir werden in diesem Sinne in der Detailberatung Anträge stellen.

Anton Schaller (LdU, Zürich): Nachdem der geballte Sachverstand der Finanzkommission gesprochen hat und die beiden grossen Fraktionen ihre ersten Voten abgegeben haben, bleibt es mir, aus etwas Distanz ein paar Bemerkungen zum Voranschlag 1999 zu machen.

Als Nichtmitglied der Finanzkommission bleibt einem einiges verborgen. Dennoch, meine Damen und Herren der Regierung, zeigt eine erste Würdigung des Voranschlags 1999, dass an sich gut budgetiert worden ist. Es zeigt sich, dass Sie 1995 angetreten sind, um diese Finanzen in Ordnung zu bringen. Daraus ist ein Druck nach innen entstanden. Die Verwaltung und die Regierung haben sorgfältig überlegt budgetiert. Dass Sie dabei für 1999 mit Einnahmen aus beschlagnahmten Drogengeldern und durch die Reduktion der Sätze bei der Beamtenversicherung noch Glück haben, das sei Ihnen nicht missgönnt. Es gehört dazu, wenn man seriös arbeitet, dass man ab und zu auch Glück hat. Auch eine Mitte-Links-Regierung hätte dieses Glück für sich in Anspruch genommen.

Genug des Lobes, es gibt auch Schwachpunkte in diesem Budget. Es sind drei Bereiche, die ich ansprechen möchte: erstens die Prämienverbilligung, zweitens den Arbeitslosenfonds und drittens die Assistenzärzte. Alle drei Bereiche sind Sünden aus vergangenen Tagen. Es geht hier nicht um Sozialabbau. Am 6. Dezember 1994 wurde über das KVG abgestimmt. Regierungsrat Ernst Buschor war einer der führenden Kräfte, die gegen das KVG angetreten sind. Wir zählen jetzt 1998 und beraten zurzeit das Einführungsgesetz zu diesem KVG. Vier Jahre später! Wir hätten schon viel früher und viel effizienter handeln können. Wir hätten viel früher ein Einführungsgesetz zum KVG machen können und hätten darin – was jetzt anvisiert wird – eine gerechte Prämienverbilligung einführen können, beispielsweise 70 Prozent zumindest. Das wäre möglich gewesen. Wir müssten nicht über Sozialabbau reden. Wir hätten das. Es ist eine Nachlässigkeit und ein Versäumnis der bürgerlichen Mehrheit der Regierung, hier nicht konsequent genug gehandelt zu haben.

Zweites Beispiel, der Arbeitslosenfonds: Hier haben wir heute Vormittag einen Nachtragskredit sprechen müssen. Es ist der Regierung nicht gelungen, rechtzeitig das Einführungsgesetz zum Arbeitslosenversicherungsgesetz einzusetzen. Es wird jetzt in der Kommission behandelt. Auch hier machen wir Budgetreduktionen. Die Pflichten, die wir einhalten müssten, erfüllen wir nicht. Weil wir den Arbeitslosenfonds nicht rechtzeitig speisen, strafen wir die Gemeinden und die Langzeitarbeitslosen. Sie wissen alle, dass unser Problem heute nicht die Arbeitslosen sind, deren Zahlen rückläufig sind und bei denen es gerechte Lösungen gibt, sondern die Langzeitarbeitslosen und die Ausgesteuerten werden die Gemeinden zur Kasse beten. Das ist eine

Budgetverschiebung zu Lasten der Gemeinden. Hier hat die Regierung zu spät gehandelt.

Drittes Beispiel, die Assistenzärzte: Das Problem kennen wir seit Jahren und Jahrzehnten. Es hätte schon lange gelöst werden können. Es brauchte den massiven Druck der Bevölkerung, die hinter diesen Forderungen steht. Wer will von einem ermüdeten Arzt behandelt werden? Sie nicht, ich nicht und die Bevölkerung nicht. Auch hier handeln wir zu spät.

Wenn wir jetzt ein ausgewogenes Budget haben, ist das, weil wir Vernachlässigungen nicht korrigieren. Wir werden für die Korrekturen eintreten. Wir werden dafür eintreten, dass die Prämienverbilligungen erhöht werden. Das wird uns 55 Mio. Franken kosten. Wir gehen nicht auf 100 Prozent, weil wir das als illusorisch erachten. Wir denken, 70 Prozent wäre vernünftig. Das haben wir versprochen. Dieses Versprechen halten wir nicht. Wir werden auch einer Erhöhung des Arbeitslosenfonds zustimmen, weil das notwendig ist. Es gibt ein Problem, das wir mit den Gemeinden zusammen in Solidarität mit den Langzeitarbeitslosen und den Ausgesteuerten beheben müssen. Bei den Assistenzärzten werden wir auch ein Zeichen setzen müssen, nämlich die 55-Stunden-Woche.

Sie werden das alles ablehnen. Das ist Ihr gutes Recht. Sie können Ihr Wahlversprechen einhalten und damit in den Wahlkampf gehen. Wir werden es deutlich machen, wo Sie Ihre Versprechen nicht einhalten, wo Sie nicht Hand bieten zu sozialverträglichen Lösungen, auf die wir – und vor allem die finanziell Minderbemittelten in diesem Kanton bei den Prämienverbilligungen – Anrecht hätten. Das werden wir deutlich machen.

Wir werden die Mehrheitsanträge der Kommission prüfen. Wenn sie vernünftig, seriös und fundiert dargelegt werden, werden wir ihnen zustimmen. Die Minderheitsanträge, denen der Ruf vorausgeht, undifferenziert zu sein, werden wir ablehnen. Es sei denn, der SVP gelingt es, schlagkräftige Argumente zu bringen, dass wir auch ihnen zustimmen würden. Wenn Sie uns überzeugen können, wären wir nicht dagegen. Das müssen Sie erst noch leisten. Darauf sind wir gespannt.

Insgesamt treten wir auf jeden Fall auf den Voranschlag 1999 ein, mit dem Vorbehalt, ihn sozialverträglich und verpflichtend – wie es uns aufgetragen ist – zu handeln. Es wird Negatives heraus schauen. Aber diese Negativzahl werden wir kompensieren können, wenn wir die Steuerlücken und Steuerschlupflöcher ins Auge fassen und sorgfältig haushalten. Was jetzt vor allem im Vorsorgebereich passiert, zum

Beispiel Einmaleinlagen, die in vielen Bereichen über Hypotheken finanziert werden, lässt uns wertvolles Steuersubstrat verloren gehen. Und der Reichtum in diesem Land nimmt zu. Ist das Steuergerechtigkeit? Wir wollen nicht mehr Steuerprozente. Wir wollen Steuergerechtigkeit. Alle nationalen Bemühungen in diesem Bereich scheinen zu scheitern. Das darf nicht sein. Wir können nicht ein Land von privatem Reichtum sein, das nicht mehr weiss, wie reich es ist, sondern wir müssen ein Land sein, in dem dem Staat zufließt, was dem Staat zukommen muss, damit er seine Aufgaben erfüllen kann. Zu Steuergerechtigkeit müssen Sie Hand bieten! Da gibt es kein Ausweichen, das ist verpflichtend, das ist Demokratieverständnis und Solidarität!

Thomas Büchi (Grüne, Zürich): Ich habe mich gewundert, wenn aufgrund eines Budgets, das erst bei der Budgetanalyse zeigt, was es enthält, auf der bürgerlichen Ratsseite die Sparanstrengungen und die Erfolge dieser vierjährigen Legislatur herausgestrichen werden. Ich würde meinen, dass Balz Hösly kein guter Mitarbeiter bei Werner K. Rey gewesen wäre. Was immer man über Werner K. Rey sagt, er hat es verstanden zu analysieren aufgrund welcher Zahlen das Budget unter dem Strich positiv oder negativ abschliessen wird. Ich denke, da müsste man doch etwas weiter reichen als bis zum Speck der Sozialdemokratie. Das dürfte in diesem Zusammenhang nicht genügen. Aber vielleicht ist das die soziale Ader der FDP, die sie im Budget nicht zeigt, aber hier gegenüber dem SP-Fraktionschef ausspielt.

Die Punkte des Budgets, die hier angesprochen sind – Marie Therese Büsser-Beer hat sie angetönt –, beruhen etwas auf window dressing. Nur der Betrag von 70 Mio. Franken, der herauschaut, sagt noch nichts über die Qualität des Voranschlags 1999 aus. Wir müssen die einzelnen Punkte nicht wiederholen. Es ist aber nicht das erste Mal. Ich erinnere Sie an den Lastenausgleich. Wir dürfen hier einmal mehr festhalten, dass sich mit dem Betrag, der der Stadt aufgrund der Verfassung zustehen würde, der Finanzfehlbetrag des Kantons um rund 1 Mrd. Franken verschlechtert würde. Hier haben wir die Zeche über Jahre nicht gezahlt. Noch schöner, der Betrag steht auch jetzt nicht im Voranschlag 1999, obschon nach einem langen Prozess in diesem Rat alle Parteien und die Regierung sagen, dass der Lastenausgleich, über den das Volk entscheiden wird, der Stadt Zürich politisch zukommt. Ich weiss, dass man gemäss langer Praxis keine Kredite ins Budget aufnimmt, die noch nicht vom Volk absegnet sind. Nur steht diese Praxis nicht in Übereinstimmung mit dem Finanzhaushaltsgesetz. Dort gäbe es das

Sternlein, das man anfügen könnte. Das hat man nie gemacht. Aber man hat das Gegenteil gemacht und über Jahre hinweg Kredite im Budget berücksichtigt, die auch noch durch die Volksabstimmung mussten, von denen aber die bürgerliche Mehrheit und der Regierungsrat wollten, dass sie im kommenden Jahr verwirklicht werden. Man hat sie dort jeweils stillschweigend eingestellt.

Ich meine, dass beim vorliegenden Budget in einigen Fällen, nämlich zum Beispiel bei der Aufstockung der Gehälter der Assistenzärzte, bei denen der Druck von der Strasse gekommen ist, beim Beschäftigungsprogramm, bei der Abgeltung der Stadt Zürich, bei den Löhnen der Handarbeitslehrerinnen – der Fall liegt zwar noch vor dem Verwaltungsgericht, es liegt aber immerhin ein Bundesgerichtsentscheid vor, der diesen Klagen grundsätzlich recht gibt – und beim Naturschutz einfach auf Teufel komm raus, das Legislaturziel erreicht werden wollte. Das ist der bürgerlichen Regierung nicht vorzuwerfen, aber es wäre Aufgabe der Ratsmehrheit – wenn sie ehrliche Politik betreiben will –, das Budget etwas kritischer zu hinterleuchten, denn die Ratsmehrheit in diesem Kanton, das sind 128 Jahre Finanzpolitik mit einer soliden FDP-, SVP- und CVP-Mehrheit.

Es ist nicht unser Budget. Es hat keinen Sinn, es in diesem Moment zurückzuweisen. Allerdings sind wir nahe daran. Marie-Therese Büsser-Beer hat über die Arbeit der Finanzkommission und über die Haltung der bürgerlichen Mitglieder in der Finanzkommission gesprochen, die punkto Globalbudgets – die fast die Hälfte des Budgets ausmachen – nicht hingehen und die Leistungsaufträge und Wirkungen untersuchen und sich damit zufrieden geben, die letztjährigen Zahlen nicht zu vergleichen. Ich glaube, ich dürfte auch im Namen des Präsidenten der ZKB-Kommission, Hans-Peter Züblin, sprechen, seines Zeichens SVP-Mitglied. Solche Arbeit könnten wir uns in der Bankkommission nicht leisten. Es wäre notwendig, das nächste Jahr das Budget zurückzuweisen, wenn auf diesen schwankenden Füßen Finanzpolitik im Rahmen von rund 10 Mrd. Franken betrieben wird. Hier haben wir eine Verantwortung. Die Bürgerinnen und Bürger auf der Strasse, die dazu nichts zu sagen haben, verlassen sich darauf, dass wir unsere Aufgabe sehr ernst nehmen.

Uns ist auch klar, warum im Bereich der Globalbudgets von der bürgerlichen Mehrheit nicht so sehr auf die Leistungsvereinbarungen und die Wirkungen gepocht wird. Das war der Hauptgrund, weshalb wir gesagt haben, wir stimmen dem neuen Reformgesetz zu, weil es so nicht weitergehen kann. Das alte Budget in der Übergangszeit sagt überhaupt

nichts mehr aus, ausser Sie setzen sich stunden- oder tagelang dahinter und informieren sich im persönlichen Gespräch mit den einzelnen Regierungsräten über die Zahlen. Das ist nicht mehr tragbar. Aber wir sind noch nicht über den Berg. Offenbar kann man auch die Globalbudgets wieder mit der Haltung verabschieden, die Regierung werde es schon richten. Es ist nach der Verfassung eine der wichtigsten Aufgaben dieses Rates, das Budget zu verabschieden und neuerdings auch, die Schwergewichte und die strategischen Zielsetzungen politisch festzulegen, was im Kanton noch getan werden soll oder nicht. Da kann man sich politisch die Finger daran verbrennen. Dass Sie aber in diesem Bereich vor der Flamme zurückschrecken, lässt nichts Gutes für die Zukunft ahnen. Das ist Politik ohne Profil. Das ist letztlich Politik, die den Bürgerinnen und Bürgern etwas vorgaukelt.

Ich habe Mühe, wenn Susanne Bernasconi-Aeppli immer noch – auch nach acht Jahren – sagt, letztlich habe die Finanzkommission in einer schnellen Übung noch einmal 70 Mio. Franken gekürzt, um den Spardruck aufrechtzuerhalten. Sie werfen mir jeweils vor, es sei oberlehrerhaft, wenn ich den Finger erhebe. Was ist denn das für eine oberlehrerhafte Haltung, um den Spardruck aufrechtzuerhalten und um der Regierung zu zeigen, dass wir es ernst meinen mit dem Spardruck? Deshalb kürzen wir irgendwelche Posten, die einer näheren Analyse nicht standhalten. Ich denke, das hat man jahrelang offen gegenüber der Stadt Zürich gemacht, und offenbar macht man es auch gegenüber dem Kanton. Das ist nicht statthaft.

Ich wundere mich über die SVP-Politik, die hier rigoros, selbst rigoroser als die FDP, über das Budget hinwegfährt, nur um ihr Ziel einigermassen zu erreichen. Sie erreicht es trotzdem nicht. Ich denke, hier wäre eine Aussprache mit der SVP der Stadt Zürich, die genau ins andere Horn stösst und ein ausgeglichenes Budget torpedieren will, angezeigt. Hier müsste man mir intern erklären, was eine SVP finanzpolitisch in diesem Kanton noch will. Offenbar ist das nicht nötig. Wenn man einfach Nein sagen kann, genügt das. Das ist eine etwas eindimensionale Politik. So kommt sie mir vor.

Eine letzte Bemerkung zu Markus Werner: Ich bin nicht Finanzexperte und verstehe es deshalb nicht. Aber ich meine, dass die Prämienverbilligungen – Sie haben gesagt, es werde im Jahr 1998 nicht mehr gespart – von 60 Prozent auf 50 Prozent hinuntergehen. Wenn hier nicht gespart wird, ist mir das nicht klar. Auch hier sind wir in einem Bereich, den wir als sozialwirtschaftspolitisch nicht tragbar empfinden. Denken Sie daran, auf den 1. Januar 1999 kommt die neue Steuergesetzrevision

direkt zum Tragen. Wir haben die Gegenwartsbemessung. Wir wechseln. Auch in dieser Steuergesetzrevision werden wir den Mittelstand gegenüber den ganz hohen und ganz niedrigen Einkommen nochmals mehr belasten. Das wird bei diesem Budget zum Tragen kommen. Es ist nicht unsere Finanzpolitik. 1987 wäre das Äufnen eines Polsters sinnvoll gewesen. Sie haben es abgelehnt. Wir sind der Meinung, dass der Kanton noch lange nicht über den Berg ist. So wie er über den Berg kommt, nämlich auf Kosten der längerfristigen Perspektiven des Naturschutzes, der älteren und schwächeren Bewohner des Kantons, so wollen wir nicht mitziehen.

Hans Rudolf Metz (SD, Regensdorf): Die Fraktion der Schweizer Demokraten und der Freipartei geben zum Budget 1999 folgende Stellungnahme ab: Seit Jahren sind die uns vorgelegten Budgets zum Teil massiv negativ, obwohl uns die Regierung jedes Jahr eine Besserung versprochen hat. Aber der Rat hat in den letzten Jahren immer, ohne gross zu opponieren, Ja zu diesen Budgets gesagt. Er war vielleicht im Glauben, eines Tages werde sich alles wieder bessern. Die letzten Jahre haben uns gezeigt, dass es sich nicht bessert. Im Gegenteil, der Schuldenberg wird immer grösser. Wir fragen uns, wer das einmal bezahlen soll. Ob der jetzt budgetierte Überschuss bleibt, ist nicht sicher. Wir glauben, dass auch im nächsten Jahr die Schulden wachsen werden. Wir sind aber klar der Meinung, dass die Angestellten des Kantons ihren Anteil am Sparen mehr als genug geleistet haben. An ihren Löhnen darf nicht mehr gespart werden. Wir denken, dass in gewissen anderen Direktionen ein gewaltiges Sparpotential vorhanden ist. Wir beantragen Ihnen, auf das Budget 1999 einzutreten und es nicht zurückzuweisen, aber punktuell bei einigen Positionen den Sparwillen zu zeigen.

Wenn der Finanzausgleich an die Stadt Zürich eingerechnet wird, ist das Budget wieder nicht ausgeglichen. In einer ersten Phase muss das Budget ausgeglichen werden. Später müssen Rückstellungen angelegt werden, um den riesigen Schuldenberg wieder abzubauen. Das muss aus unserer Sicht die heutige Generation verwirklichen. Solche Lasten dürfen wir nicht an unsere Jugend weitergeben. Das sind sonst Generationenprobleme, welche zu massiven Unruhen führen können. Steuererhöhungen kommen für uns nicht in Frage, um dieses Problem zu lösen, es sei denn, dass an anderen Orten Erleichterungen möglich sind, welche diese ausgleichen. Der Kanton muss noch vermehrt wirtschaftlich denken. Das heisst für uns, dass nur so viel ausgegeben werden

kann, wie eingenommen wird. Wenn uns die Regierung weismachen will, das sei nicht mehr möglich, muss auf der Ausgabenseite gekürzt werden. Es ist zu hinterfragen, ob gewisse Abteilungen privatisiert werden sollen. In der Regel arbeiten solche effizienter und kostengünstiger. Es muss alles unternommen werden, um unseren Kanton möglichst kostengünstig zu gestalten. Denn nur so können wir einem zukünftigen Kollaps ausweichen.

In diesem Sinn unterstützen wir fast alle Anträge auf Kürzungen, gleich aus welcher Fraktion sie kommen, um am Ende der Budgetberatungen ein ausgeglichenes Haushaltsziel erreichen zu können. Wir haben bis jetzt keine Anträge auf Kürzungen eingereicht, weil wir wissen, dass unsere Anträge hier im Rat keine Mehrheit finden. Wir behalten uns aber vor, solche einzureichen, falls wir das für absolut notwendig erachten. Wir sind der Meinung, dass jetzt der Zeitpunkt günstig ist, um ein ausgeglichenes Budget zu erreichen. Ich persönlich finde, das sollte das Ziel aller hier Anwesenden sein.

Lucius Dürri (CVP, Zürich): Ich verhehle nicht, dass die CVP-Fraktion mit grosser Genugtuung vom vorliegenden Budget Kenntnis genommen hat. Ohne Eigenlob dürfen wir festhalten, dass es insbesondere unsere Fraktion war, die jahrelang für diesen Ausgleich gekämpft hat. Wir haben dafür gekämpft, dass man aufhört das Eigenkapital noch mehr aufzubrechen. Ich glaube, jetzt ist eine gewisse Trendwende eingeleitet. Ich denke, wir haben den Tatbeweis erbracht, auch dann als wir keine Mehrheiten fanden. Ich erinnere mich an das Vorstosspaket Markus Werner und Hans-Peter Portmann im Jahre 1996, das diesen Ausgleich beschleunigt hätte, das aber leider von der Mehrheit abgelehnt worden ist.

Nun sind die Blüten des Finanzbaums ersichtlich. Wenn ich sage Blüten, sind damit noch nicht die Früchte gemeint. Sie kommen dann Ende nächstes Jahr. Ich zweifle nicht daran, dass die Früchte kommen werden, wenn die Regierung konsequent am eingeleiteten Kurs, festhält. Der Baum ist aber immer noch morsch. Man muss neue Äste einpfropfen, damit er auch in Zukunft Früchte tragen wird. Wir werden dazu behilflich sein.

Es wurde verschiedentlich dem sozialen Argument das Wort geredet. Wir sind der klaren Meinung, dieses ausgeglichene Budget, wie es von der Kommissionsmehrheit vorgeschlagen wird, ist nicht unsozial. Im Gegenteil, die Einsparungen, die darin enthalten sind, betreffen den Sozialbereich praktisch überhaupt nicht. Hingegen ist es fragwürdig, in diesen Bereichen Erhöhungen anzustreben, vor allem wenn die Projekte und die Konturen nicht klar sind. Ich denke insbesondere an den Spitalbereich. Hier will man politisch etwas machen, ohne den Inhalt klar zu kennen und zu fixieren. Das lehnen wir ab. Wir sind der Meinung, dass man beim Bestehenden neue Akzente setzen soll. Ich komme nochmals zur KVG-Prämienverbilligung zurück. Gerade hier müssen wir erneut und hartnäckig feststellen, dass die Zuteilungskriterien nach wie vor familienfeindlich sind. Man predigt des langen und breiten und überall von der Armutsstudie, die klar und deutlich festhält, dass es die Familien mit Kindern sind, insbesondere Alleinerziehende mit Kindern, die leiden müssen. Gerade dort werden keine Korrekturen angesetzt. Wir meinen, dass mit dem bestehenden Prämienvolumen ohne Erhöhungen die Akzente neu zu Gunsten der Familien gesetzt werden können. Das kann man machen, wenn man guten Willens ist.

Zur Steuergerechtigkeit: Wir bekennen uns dazu. Aber unter dem Deckmantel Steuergerechtigkeit wird sehr oft die Belastung der Wirtschaft miteinbezogen. Wir sind klar der Meinung, dass es nicht dazu kommen darf und dass die Wirtschaft nicht mehr belastet werden soll. Die Schlupflöcher sollen dort, wo Steuerflüchtlinge sind, gestopft werden, denn diese müssen nicht privilegiert werden. Hier gilt es aufzupassen, dass man das Kind nicht mit dem Bade ausschüttet.

Wir haben uns immer zu ALÜB bekannt und bitten diejenigen, die sich heute für ALÜB stark gemacht haben, das auch dann zu tun, wenn es um die konkrete Umsetzung geht. Ja zu sagen zu ALÜB ist einfach, wenn die schwierigen Schritte kommen, die weh tun, dann ist es schwieriger. Wir hoffen, dass wir auch dann diejenigen hören, die heute positiv zu ALÜB gesprochen haben.

Wir sind der Meinung, die heutige Budgetierung ist transparent genug. Natürlich ist sie eine Herausforderung. Es ist unsere Aufgabe, mit diesen Instrumenten zu arbeiten und uns vorzubereiten. Die Regierung hat die Unterlagen rechtzeitig vorgelegt. Es liegt an uns, diese nun rechtzeitig zu verarbeiten, sei es in den Fraktionen oder in Arbeitsgruppen. Der zum Teil versteckte Vorwurf, die Regierung sei zu langsam gewesen, trifft sicher nicht zu. Wenn schon waren es Teile von uns. Ich

glaube, wir müssen uns an den Rhythmus halten, den können wir nicht ändern. Das Jahr hat nur 365 Tage und nicht mehr.

Wir bitten Sie, auf das Budget einzutreten und im Sinne der Mehrheit den Anträgen zuzustimmen.

Willy Spieler (SP, Küssnacht): Ausgeglichene Zahlen, Balz Hösly, sind keine Garantie für ausgeglichene soziale Verhältnisse. Eine Haushaltsanierung wird in der Masse unannehmbar, als die Sanierungslücke nur dadurch überwunden wird, dass man eine neue Lücke, eine Gerechtigkeitslücke aufreisst. Ich kann Sie beruhigen, Herr Hösly, bei den letzten Wahlen in Deutschland war es genau diese Gerechtigkeitslücke, die nach einer Meinungsumfrage des Instituts Allenspach wahlentscheidend war. Ich hoffe, es werde im Wahljahr 1999 in unserem Kanton und in unserem Land nicht anders sein.

Zu dieser Gerechtigkeitslücke gehören massiver Lohnabbau, aber auch ein massiver Sozialabbau. Liselotte Illi hat es Ihnen gesagt, die Lohnkürzung für das Staatspersonal muss zurückgenommen werden, bevor wir von einer gelungenen Haushaltsanierung sprechen können. Dasselbe gilt für die Haushaltsanierung durch Sozialabbau, den es angeblich gemäss Bruno Zuppiger in unserem Kanton nicht gibt. Ist es kein Sozialabbau, wenn die Stipendien um ein Viertel heruntergefahren werden? Ist es kein Sozialabbau, wenn der Arbeitslosenfonds nicht mehr ausreichen soll, um die bisherigen Beschäftigungsprogramme durchzuführen? Ist es kein Sozialabbau, wenn wir 100 Mio. Franken bei den Prämienverbilligungen sparen, während die Gesundheitskosten immer mehr steigen und damit auch die mittleren und unteren Einkommen immer mehr belastet werden? Ist es kein Sozialabbau, wenn uns der Regierungsrat nach wie vor androht, er werde die Alters- und Behindertenbeihilfen streichen?

Zu ausgeglichenen Sozialverhältnissen gehört auch eine gerechte Verteilung der Einkommen und Vermögen. Das Gegenteil ist der Fall. Wenn Sie die neue Lorenz-Kurve des Statistischen Amtes anschauen, sehen Sie, dass die untersten 20 Einkommensprozent gerade auf 3 Prozent des gesamten Reineinkommens kommen, während die obersten 20 Prozent die Hälfte des zur Verfügung stehenden gesamten Reineinkommens unter sich ausmachen. Die goldene Ausgabe der Zeitschrift Bilanz zeigt, dass diese Tendenz weitergeht und dass die reichsten 100 Schweizer in den letzten zehn Jahren um 172 Mrd. Franken reicher geworden sind, während es in der Zwischenzeit in der Schweiz 250'000 Working poors gibt. Bürgerliche Finanz- und Steuerpolitik vertieft diese Kluft,

statt sie zu vermindern oder wenigstens dazu beizutragen, dass sie sich nicht immer mehr vergrössert. Damit nicht genug will die SVP den Staat durch die Abschaffung der Erbschaftssteuern um weitere mehr als 300 Mio. Franken schwächen. Ob Balz Hösly dannzumal der SVP-Fraktion Streicheleinheiten verpassen oder sie wiederum als Stahlhelm-Fraktion titulieren wird, bleibt abzuwarten. Soviel zum Bürgerblock.

Es gibt eine neoliberale Sprachregelung, Herr Hösly, die Sie uns alle Jahre wieder mit mässigem Erfolg um die Ohren schlagen. Sie reden von Begehrlichkeiten, wenn wir für soziale Gerechtigkeit eintreten, und machen selbst die Begehrlichkeit zum Prinzip, wenn es um die Mehrung des Shareholder value geht. Sie vertreten einen Neoliberalismus, der seltsam oszilliert zwischen Magersucht im öffentlichen Bereich und Fettsucht im privaten Bereich. Um Plausibilität bemüht, pflegen Sie zu sagen, die Armen werden nicht reicher, wenn die Reichen ärmer werden. Tatsache ist, dass Ihre neoliberale Politik die Armen auch nicht reicher macht, im Gegenteil. Das gehört schliesslich zum Standortwettbewerb. Sie werfen uns Besitzstandswahrung vor, damit Sie den Besitzstand Ihrer Klientel um so ungenierter mehreren können. Sie sprechen von Modernisierung und meinen Sozialabbau. (*Die Redezeit ist abgelaufen*).

Fredi Binder (SVP, Knonau): Betrachtet man das Budget 1999 aus ländlich-bäuerlicher Sicht, stellt man einmal mehr fest, dass wir in der Landschaft und vor allem die Landwirtschaft massiv dazu beitragen, dass dieses Budget ausgeglichen gestaltet werden kann. Wir Bauern nehmen zur Kenntnis, dass man uns die Beiträge für unsere Bezirksviehschauen gestrichen hat. Dies ist ein ländliches Kulturgut, das zwar frankenmässig nicht sehr ins Gewicht fällt, aber es geht einmal mehr um das ländliche Kulturgut, das hier angegriffen wird. Wir werden auf einen Antrag verzichten, um diesen Betrag wieder ins Budget zu bringen. Ich stelle fest, dass bei unserem ländlichen Bildungskonzept 3,5 Mio. Franken, die Beiträge an die Vieh- und die Hagelversicherung sowie an viele korrigierende Massnahmen in der Landwirtschaft gestrichen worden sind. Wir Bauern nehmen das mit Gelassenheit zur Kenntnis, im Wissen, dass wir ein Leitbild für unsere Landwirtschaft haben, das in diesem Rat grossmehrheitlich von allen Fraktionen getragen worden ist. Diese Massnahmen sind aber nicht im Zusammenhang mit all den planerischen Auflagen, die erneut auf die Landwirtschaft zukommen. Ich stelle fest, dass alle planerischen Massnahmen in diesem Rat – ich denke vor allem an die Richtplandebatte, die wir demnächst führen

werden –, die den Staat nichts kosten, die uns Bauern aber massiv in unserer Anpassungsphase an die neue Agrarpolitik belasten, vom Staat gefordert werden. Alle Förderungsmassnahmen des ländlichen Raums, die den Staat etwas kosten, werden gestrichen. Ich stelle dies in Zusammenhang mit all den städtischen Kulturgütern, die uns ein Vielfaches des ländlichen Kulturguts kosten. Ich erwähne das Opernhaus und den Lastenausgleich als Beispiel. So komme ich zum Schluss, dass sich hier ein Ungleichgewicht anbahnt, das wir so nicht weiter tragen sollten.

Die harten Massnahmen innerhalb der bürgerlichen Koalition sind entscheidend, dass wir ein ausgeglichenes Budget haben. Es sollte dem Stimmbürger und der Stimmbürgerin zur Kenntnis gebracht werden, dass es nur dank diesen harten Sparübungen gelungen ist, dieses ausgeglichene Budget herzustellen, dies auch mit massiven Eingriffen vor allem in Gebiete, die uns im ländlichen Raum hart treffen. Ich stelle fest, dass der Kanton Zürich im Vergleich zu anderen Kantonen von der führenden Stellung der Förderungsmassnahmen weggerückt ist, dass wir aber nach wie vor die konsequenteste Umsetzung aller staatlichen Massnahmen, die von Bern kommen, betreiben. Hier betreiben wir ein Ungleichgewicht, das zu Gunsten von uns Praktikern korrigiert werden sollte. Ich erwarte vom Regierungsrat inskünftig, dass die weiteren Sparmassnahmen, die wahrscheinlich unabdingbar sind, vor allem im Kontroll- und Planungsbereich stattfinden müssen. Sonst werden wir bald einmal so weit sein, dass wir mehr staatliche Kontroll-, Öko- und Tierschutzspezialisten und -kontrolleure haben als praktizierende Bauern. Das liegt nicht in der Zielsetzung unserer Leitlinien für die zukünftige zürcherische Landwirtschaft.

Wir Bauern tragen dieses Budget und stehen zu den harten Sparmassnahmen, die angesagt sind. Wir hoffen aber, dass die Einsicht vor allem der linken Ratsseite kommen wird und dass der ländliche Raum mindestens gleichwertig betrachtet werden wird wie die städtischen Kulturgüter. Sonst werden wir ein Ungleichgewicht schaffen, das zu Spannungen führen wird und das an alte Zeiten erinnert, in denen die Stadt und die Agglomeration die Landschaft dominiert haben.

Hätten wir Bürgerlichen mit der gleichen Staatsgläubigkeit in der letzten Legislatur Raumplanungs-, Sozial- aber auch Bildungspolitik betrieben, wäre eine massive Steuererhöhung unabdingbar. Dies sollte die linke Ratsseite zur Kenntnis nehmen. Es ist einfach, Gelder zu

verteilen. Es ist aber hart, dem Stimmbürger darzulegen, welche Sparmassnahmen auch in Zukunft nötig sein werden, um ein ausgeglichenes Budget weiter halten zu können.

Ich gratuliere dem Regierungsrat, dass es ihm gelungen ist, das Legislaturziel eines klaren, ausgeglichenen Budgets zu erreichen. Es ist wichtig, dass wir von der bürgerlichen Ratsseite dies dem Stimmbürger und der Stimmbürgerin kommunizieren können. Nur so begreift er oder sie, dass viele Massnahmen nötig sind, die ihn oder sie direkt betreffen und dass sie hart sein müssen, weil unsere Finanzpolitik den Staat dazu bringen wird, dass er sich von eigentlichen Staatsaufgaben der letzten Jahre trennen muss.

Wir Bauern hoffen, dass wir alle auf der bürgerlichen Seite zusammenhalten werden und dass jede Seite ihren Obolus beiträgt, um dieses Budget durchzubringen. Ich bitte Sie, allen Anträgen der bürgerlichen Seite zuzustimmen und die euphorischen Ausgaben der linken Seite abzulehnen.

Daniel Vischer (Grüne, Zürich): Ich bezweifle, dass die bürgerliche Ratsseite ihr Budgetziel in bezug auf die Legislaturziele erreicht hat. Wir haben einen Kniff anwenden müssen. Ich gratuliere Regierungspräsident Eric Honegger, dass er in bezug auf den Prämienstopp rechtzeitig darauf gekommen ist. Das hat das Budget beschönigt. Sie haben kommende Ausgaben gegenüber der Stadt Zürich heute nicht budgetiert. Das mag ein Streit unter Gelehrten sein, ob es sinnvoll ist, das jetzt noch nicht zu budgetieren und erst mittels Nachtragskredit einzuholen. Jedenfalls gehört das zu einer nachhaltigen Finanzplanung.

Herr Hösly, ich habe nicht verstanden, ob Sie ein Neoliberaler sein wollen oder nicht. Wahrscheinlich wissen Sie es selber nicht so recht. Richtig ist aber, es gibt einen gewissen Konsens, auf den es sich sinnvoll einzustellen liesse. Es gibt heute keine Volksmehrheiten, da hat Willy Spieler recht, gegenüber klarem Eintreten in das soziale Netz. Sie werden kaum durchkommen, wenn Sie bei den Ergänzungs- und AHV-Beihilfen zu schrauben beginnen. Es wäre auch schwierig, eine Volksmehrheit bezüglich Kürzungen bei Langzeitarbeitslosen zu finden, so darüber überhaupt abgestimmt werden könnte. Richtig ist allerdings, das schränkt den Handlungsspielraum ein, dass es keine Mehrheit für Steuererhöhungen gibt. In diesem Sinne war es sinnvoll,

unsererseits die Steuerfussproblematik anders zu gewichten. Ebenfalls pikant ist auch, da unterstütze ich Dorothee Jaun, dass wir weniger ein Problem des Steuergesetzes und der Steuerfüsse haben, denn ein Vollzugsproblem. Da liegt ein Spielraum drin, der zu einer evidenten Anstrengung des Kantons werden muss.

Ich glaube, es gibt neben den Globalbudgets ein weiteres Problem, dessen sich die Regierung noch nicht ganz bewusst ist. Stichwort: Assistenzärztinnen und Assistenzärzte. Wir haben im Personalgesetz den vielsagenden Satz, dass GAV-Verhandlungen sinnvoll und nötig sind. Sie sind ein Bestandteil neuerer Personal- und Besoldungspolitik. Nun ist es klar, dass Gesamtarbeitsvertragsverhandlungen ohne gewisse Flexibilität in bezug auf die Besoldungs- und Arbeitszeithöhe keine Verhandlungen sind. Da stellt sich neu die Frage, inwieweit überhaupt von Verhandlungen gesprochen werden kann, wenn sich die Regierung darauf beruft, dies sei alles bereits gesetzlich festgelegt. Es wäre klug, wenn die Regierung einen Verhandlungsspielraum hat und sich bewusst wird, dass sie derzeit in einem Arbeitskampf steht und das Parlament erst im nachhinein vollzieht, was das Resultat dieser Verhandlungen sein wird. Jedenfalls wäre ich interessiert, von Regierungspräsident Eric Honegger zu wissen, wie er sich den Stufenaufbau Budget, Globalbudget und Gesamtarbeitsvertragsverhandlungen, die tatsächlich solche sind, vorstellt und mit welchen Vorgaben – nicht nur bezüglich der Assistenzärzte – die Regierung künftig dieses Dreierspiel zu bewältigen versucht.

Wir werden mit Nachdruck dafür eintreten, bei den Stipendien die Kürzungen zu verhindern. Das gleiche betrifft den Arbeitslosenfonds. Wir werden uns für einen weiteren Spielraum bei der Prämienverbilligung stark machen. Es ist nicht jede Kürzung, die heute zur Frage steht, eine Kürzung, die soziale Gerechtigkeit tangiert. Vielleicht wäre hüben und drüben etwas mehr Nüchternheit am Platz. An sich möchte Balz Hösly mehr Neoliberalismus. Vielleicht haben wir den Hang, jede Kürzung gewissermassen zur Sozialtragödie heraufzustilisieren. Aber nüchtern betrachtet, wäre es sinnvoll, diese Schwerpunkte sozialer Gerechtigkeit durchzusetzen, die den Kernbereich unseres Sozialsystems ausmachen. Ich bin aber nicht überzeugt, Herr Hösly, dass das wirklich Ihre Politik ist. Ich vermute sogar das Gegenteil. Nur wissen Sie auch, dass die FDP (*Die Redezeit ist abgelaufen*).

Kurt Schreiber (EVP, Wädenswil): Das Budgetresultat ist positiv ausgefallen. Es ist ein Blumenbukett herausgekommen. Es ist verständlich, wenn von hüben und drüben, insbesondere von bürgerlicher und seitens der SVP behauptet wird, sie hätten diese Blumen zusammengesucht.

Ich erlaube mir eine Bemerkung aus der Mitte. Ich habe eher den Eindruck, dass diese Blumen zusammengeklaut sind. Warum zusammengeklaut? 100 Mio. Franken kommen von der Beamtenversicherungskasse und werden für Prämienverbilligungen eingesetzt. Diese Massnahme wird vom Bundesamt für Sozialversicherungen sehr kritisch hinterfragt, wenn beispielsweise eine private Unternehmung so etwas durchziehen will. Es sind uns 50 Mio. Franken Drogengelder in den Schoss gefallen, weil andere geklaut haben. Hier könnte man allerdings die Frage in den Raum stellen, wie es wäre, wenn diese Drogengeldern denjenigen zur Verfügung gestellt würden, denen diese Gelder geklaut worden sind. Ich meine die betroffene Bevölkerung, beispielsweise in Mittelamerika. Es müssten nicht alle 50 Mio. Franken sein, aber ein Teil davon. Der Lastenausgleich macht 84 Mio. Franken aus wie wir vor einigen Wochen erfahren haben. Wir stellen fest, dass dieser Betrag im Budget nicht enthalten ist. Stellen Sie sich vor, wenn Sie als Unternehmer mit Ihrem Verkaufsleiter über das Budget diskutieren. Es sagt Ihnen, dass Sie mit Anschaffungen in einer bestimmten Grössenordnung zu rechnen haben. Sie sind aber im Budget nicht enthalten, denn so kann ein besserer Gewinn ausgewiesen werden. Sie müssen aber selbstverständlich damit rechnen, dass dieses Geld ausgegeben werden muss. Sie stellen also fest, dass die schönen, frischen, kleinen Blumen bei näherer Betrachtung als welk und verdorrt herauskommen.

Es ist gesagt worden, man sei stolz darauf, dass man den Steuerfuss habe halten können. Wissen Sie, was uns dieses Steuerfusshalten in den letzten vier Jahren gekostet hat? Das sind durchschnittlich pro Jahr etwa 300 Mio. Franken Zinsaufwand, das sind für vier Jahre 1,2 Mrd. Franken, die wir den Banken als Zinsen geschenkt haben. Es sind übrigens die gleichen Banken, welche bei Gewerbetreibenden die Kredite kürzen und auf ihre Art und Weise dafür sorgen, dass die Banken selbst ihre guten Geschäfte machen. Ich bin überzeugt, wenn die vor einigen Jahren beantragte Steuerfusserhöhung durchgezogen worden wäre, der eine und andere Betrag in diesem Sinne zielgerichtet und sicher besser hätte eingesetzt werden können als beispielsweise zum Zinsenzahlen für die Banken. Apropos, ich erinnere mich, dass in bezug auf Standortattraktivität gesagt worden ist, dass der Steuerfuss wohl ein wichtiges Element ist, dass er aber nicht an erster Stelle steht. Wenn ich mich

nicht täusche, wurde ihm damals ein Rang zwischen fünf und sieben zugeordnet. Was aber wichtig war, war der soziale Friede in der Schweiz. Damit wir diesen sozialen Frieden aufrechterhalten können, ist es doch hie und da notwendig, dass wir an die sozial Schwachen denken und beispielsweise bei den Krankenkassenverbilligungen mit-helfen. Denken Sie daran, dass in der eidgenössischen Abstimmung überhaupt nicht klar war, dass die Kantone kürzen können. Wir können selbstverständlich kürzen. Wir haben ein besseres Resultat erhalten. Wenn aber Probleme entstehen, werden die Geldmittel genau gleich ausgegeben, nicht vom Kanton, aber von den Gemeinden, die entsprechend höhere Soziallasten zu tragen haben.

Wir tragen das Budget mit. Es ist ein gutes Resultat. Ich behaupte, dass sämtliche Mitglieder der Regierung sowie die Parteien von links und rechts, denn sie mussten mit den Entscheidungen fertig werden, dazu beigetragen haben. Es geht nun darum, dass wir gemeinsam weiterkommen. Die EVP-Fraktion wird auf das Budget eintreten. Ich bitte Sie, ein Gleiches zu tun.

Anjuska Weil-Goldstein (FraP!, Zürich): Es wurde mehrfach gesagt, ich komme aber nicht darum herum, das zu wiederholen, dass schwarze Zahlen an sich noch nichts Positives sind. Sie sind um so weniger positiv, als sie nicht auf geplanten Mehreinnahmen beruhen, nicht einmal auf einer konsequenten Steuerbewirtschaftung. Es muss die Frage erlaubt sein, zu Gunsten von wem und auf Kosten wessen die schwarzen Zahlen im Budget sind. Sie sind zu Gunsten von denen, die ohne Lohnausweis im Kanton ihre Steuern entrichten und manchmal nicht korrekt entrichten. Wir haben gehört, dass das Personal beim Steueramt reduziert worden ist und der Pendenzenberg angestiegen ist. Die schwarzen Zahlen sind zu Gunsten von denen, die in Gemeinden mit niedrigem Steuerfuss leben. Kurz, zu Gunsten von denen, die haben. Die schwarzen Zahlen erfolgen auf Kosten des Personals, der Gesundheitsversorgung – die Assistenzärzte und die Assistenzärztinnen sind heute hier gewesen –, deren, die eine Prämienverbilligung zugute hätten und der Sozialpolitik auf verschiedenen Ebenen. Stichworte sind der Arbeitslosenfonds aber auch der Druck, der über die Gemeinden auf die Fürsorge- und Sozialpolitik ausgeübt wird. Sie erfolgen auf Kosten der armen Gemeinden, zu Gunsten der reichen, auf Kosten der Stipendienempfängerinnen und -empfänger und auf Kosten der Möglichkeit, nach vorne zu schauen und nicht einfach in Abwehrkämpfen gegen Sozialabbau gefangen zu sein. Das halte ich für verheerend.

Die grosse Umschichtung von unten nach oben, die im Gang ist sowie der Ausverkauf der öffentlichen Güter im Rahmen der Privatisierungen, der stattgefunden hat, schlägt sich nun in den schwarzen Zahlen nieder, die ein kurzfristiger Pyrrhuserfolg sind.

Sie mögen Forderungen nach Umkehr von dieser Entwicklung als Sozialromantik abtun. Ich meine, das ist es nicht. Je klarer weltweit – auch unser Kanton gehört zur Welt –, das Desaster der neoliberalen Allmacht des Markts zu Tage tritt, desto klarer werden allenthalben Stimmen laut, die nach einer Regulierung durch die Politik rufen. Sie verlangen, dass Politiker und Politikerinnen ihre Verantwortung wahrnehmen und Gegensteuer geben. Dies gilt auch für unseren Kanton. An andern Orten sind Leute in grosser Zahl auf der Strasse. Sie demonstrieren und manifestieren für ihre Rechte, sei das öffentliches Personal, seien das Arbeitslose oder in anderer Weise Betroffene. Bei uns ist es ruhig. Ich denke, diese Ruhe ist nicht nur positiv. Sie hat auch ihre gefährlichen Aspekte. Einerseits macht sie die Sache nicht besser, andererseits ist sie Ausdruck von Resignation, einem Sichabwenden von der Politik, von einem Ohnmachtsgefühl, von einem verzweifelten Kampf, alle gegen alle, anstatt einem Zusammenstehen, um gemeinsam in der Sozial- und beispielsweise in der Lohnpolitik für das öffentliche Personal gemeinsame Forderungen zu stellen.

Ich denke, diese Faust im Sack und diese Resignation können die Wurzeln der Demokratie gefährden. Das müssen wir ernst nehmen. Wenn dieses Abwenden weitergeht – die Zahlen bei Abstimmungen zeigen, dass das der Fall ist –, wenn die Chancengleichheit abnimmt, zum Beispiel bei den Stipendien oder in anderen Bereichen und wenn die sozialen Netze immer mehr zerreißen, denke ich, kann das für all diejenigen, die die politische Verantwortung zu Gunsten der Mehrheit in diesem Kanton echt wahrnehmen wollen, nur als beunruhigendes Signal gesehen werden.

Es ist selbstverständlich, dass ich alle Anträge, die mehr sozialen Ausgleich und mehr Gerechtigkeit in diese Richtung fordern, unterstützen werde. Ich möchte Ihnen die grosse Sorge um das, was in der Summe der Budgetpolitik auf der Strecke bleibt, ans Herz legen.

Hans-Jacob Heitz (Liberale, Winterthur): Wenn ich mich der Diskussion bei der Redaktion der Legislaturziele erinnere, habe ich etwas Mühe, mit der mehrfach verbreiteten These, die Legislaturziele seien tatsächlich erreicht worden. Für mich handelt es sich vielmehr um ein Budget à la minute mit einem Seitenblick in den April des kommenden Jahres. Man darf wohl von einem Zwischenhoch sprechen. Das akzeptiere ich. Ich glaube aber, dass überbordender Optimismus völlig verfehlt ist. Die nächsten Budget- und Rechnungsunwetter stehen im Rahmen der mittelfristigen Finanzplanung bereits in Aussicht. Eine gewisse Hoffnung attestiere ich dem neuen Instrument der Globalbudgets, dass sie die Rechnung stabilisieren können. Diese Hoffnung ist sicher berechtigt. Eine Entwarnung wäre aber fehl am Platz. Die Sturmwarnungslichter haben weiterhin zu blinken. In den vergangenen Jahren ist ein Trend immer dann deutlicher geworden, wenn versucht wird, über die Gebühren dieses Problem, in welchem sich die Verwaltung befindet, auffangen zu können. Auch bei den Steuerkommissären wird immer wieder um kleinere Beträge gefeilscht. Man spricht bereits da und dort von unnötiger Kleinlichkeit. Ich frage mich, ob das der richtige Weg ist. Das wird letztendlich wieder auf dem Buckel des Mittelstands und der KMU ausgefochten. Auch das Stichwort Eigenmietwert, Eduard Kübler, gehört sicher in dieses Kapitel. Wenn wir aus dem Problemkreis tatsächlich herauskommen wollen, müssen wir uns mit der Frage um die Staatsaufgaben an sich viel ernsthafter auseinandersetzen als wir das bis jetzt gemacht haben und dieselben überdenken. Wir müssen Farbe bekennen. Wir hatten heute Besuch der Assistenzärzte. Dort gilt es Farbe zu bekennen. Wie setzen wir die Prioritäten? Wenn wir Ja sagen, wo nehmen wir das Geld dazu her? Diese Fragen stehen im Raum. Wir müssen andernorts abspecken. ALÜB mag eine Hoffnung sein. Ich hoffe, ALÜB werde nicht zu Alib-ÜB! Um den Bogen von heute früh zu schliessen, bedenken Sie, dass das ganze Arbeitslosenwesen letztlich eine Bundessache ist. Der Kanton hat Umsetzungs- und Vollzugsfunktion. Bezüglich des Amtes für Wirtschaft und Arbeit liegt es nicht viel anders. Das könnte durchaus in einer anderen Direktion angesiedelt werden. Wir wollen den Flughafen privatisieren. Die Berufsbildung haben wir in die Bildungsdirektion transferiert. Der öffentliche Verkehr ist unter dem Verkehrsverbund aufgehoben. Ob die Landwirtschaft tatsächlich eines kantonalen Amtes bedarf, da mache ich doch ein Fragezeichen. Die Idee zu überdenken, ob es ein Volkswirtschaftsdepartement braucht, war nicht völlig daneben.

Regierungspräsident Eric Honegger: Ich gehe kurz auf fünf Punkte ein:

Würdigung des Voranschlags 1999

Ich glaube, es gibt Befriedigendes und Unbefriedigendes über den Voranschlag zu sagen. Befriedigend ist zweifellos der Saldo. Ob er gemäss Antrag der Finanzkommission oder gemäss Antrag des Regierungsrates beschlossen wird, so gross ist die Differenz, gemessen am gesamten Haushaltvolumen, nicht. Befriedigend ist ebenfalls der Selbstfinanzierungsgrad, der deutlich über 60 Prozent liegt. Das ist ein sehr erfreuliches Resultat, nicht zuletzt auch im Hinblick auf die Zukunft, weil es uns erlaubt, etwas weniger Mittel am Kapitalmarkt aufzunehmen. Somit fallen in den nächsten Jahren weniger Zinsen an. Erfreulich ist am Voranschlag zudem, wenn er so vollzogen werden kann, wie Sie ihn beschliessen, dass kein weiterer Abbau am Eigenkapital betrieben werden muss.

Dorothee Jaun hat den Vorwurf erhoben, die bürgerliche Regierung hätte in den letzten Jahren 1,X Mrd. Franken Eigenkapital abgebaut. Das trifft zweifellos zu. Im gleichen Atemzug fordern Sie aber zusätzliche Opferhilfe, keine Kürzungen beim Personal, zusätzliche Prämienverbilligung beim KVG und keine Kürzungen bei den Stipendien. Frau Jaun, Sie hätten das Eigenkapital längstens aufgebraucht. Ich hoffe nicht, dass Sie die Finanzdirektion übernehmen müssen, wenn Sie gewählt werden.

Sie sagen, der Regierungsrat habe eine dogmatische Steuerfusspolitik betrieben. Ich erinnere Sie daran, dass der Regierungsrat 1993 diesem Rat eine Steuerfusserhöhung beantragt hat. Von einer dogmatischen Steuerfusspolitik kann keine Rede sein. Der Regierungsrat hat eine sehr flexible Steuerfusspolitik betrieben. Der Kantonsrat ist 1993 nicht auf diesen Antrag eingetreten. Vielleicht war das vom Kantonsrat sehr weitsichtig, weil er möglicherweise vorausgesehen hat, dass sich der Steuerwettbewerb in den letzten Jahren massiv verschärft hat und Steuerfusserhöhungen in der Tat nicht das beste Mittel zur Sanierung unseres Haushalts gewesen wären.

Frau Jaun, Sie haben sich noch mit meinem Steueramt auseinandergesetzt. Das ehrt Sie. Es war aber nicht alles ganz richtig, was Sie gesagt haben, vor allem die Schlussfolgerungen nicht. Sie haben zweifellos richtig festgestellt, dass es uns nicht gelungen ist, im Steueramt die Besoldungskonti jeweils auszuschöpfen. Dies geschah nicht etwa, weil ich als Finanzdirektor verboten hätte, diese Lohnkonti auszuschöpfen, sondern weil es uns nicht möglich war, auf dem Personalmarkt die entsprechenden Steuerkommissäre zu rekrutieren. Es ist mir nicht bekannt, dass es eine besondere Leistung der Sozialdemokratischen Fraktion

gewesen wäre, für jene Lohnkategorien, in denen sich die Steuerkommissäre befinden, jeweils besondere Leistungen zu fordern. Wenn ich es recht im Kopf habe, haben Sie sich jeweils für einen degressiven Teuerungsausgleich eingesetzt, der bei Löhnen von über 100'000 Franken nicht mehr gegriffen hätte. Also auch in diesem Punkt Frau Jaun würde ich Ihnen empfehlen, Ihr Wahlkampferferat zu überarbeiten, damit es etwas besser tönt. (Heiterkeit).

Zum Ladenhüter der 20 Mrd. Franken von Willy Spieler, der jetzt offenbar auch Ladenhüter von Dorothee Jaun ist: Ich sehe mich gezwungen, auf diese Tabelle kurz einzutreten, damit der Kantonsrat überhaupt weiss, wovon gesprochen wird. Auf Anraten der Finanzkommission haben wir uns eine Übersicht über die Steuermindererträge seit 1983 verschafft, die aufgrund von Steuergesetzrevisionen, Steuerfussreduktionen und Ausgleich der kalten Progression eingetreten sind. Es beginnt 1983 mit einem Ausfall aufgrund der damaligen Steuergesetzrevision von 340 Mio. Franken. Dieser Betrag zieht sich durch diese Tabelle durch bis zum heutigen Tag. Das führt zur astronomischen Zahl von 6,1 Mrd. Franken, wenn man das alles zusammenzählt. Die 340 Mio. Franken waren zum Teil dadurch bedingt, dass Korrekturen an den Tarifen gemacht wurden. Damals sprach man nicht vom Ausgleich der kalten Progression. Sie war noch nicht gefordert. Wir hatten sie noch nicht im Steuergesetz, aber selbstverständlich haben der Kantonsrat und der Regierungsrat die kalte Progression doch ausgeglichen. Wenn Sie uns das jetzt zum Vorwurf machen, dass seit 1983 jede Tarifrevision falsch war, die in Zusammenhang mit einer Steuergesetzrevision gemacht worden war, muss ich Ihnen sagen, dann strafen Sie auch Ihre eigene Klientel. Die Tarife wurden jeweils nicht nur oben korrigiert, sondern sie wurden auch unten korrigiert. Ich möchte sagen, dass unten mehr korrigiert wurde als oben. Die Ausfälle aufgrund der Reduktion des Steuerfusses sind auf dieser Liste marginal. Die grössten Beiträge kommen von den Steuergesetzrevisionen und von der Korrektur der kalten Progression. Zweimal wurde der Steuerfuss reduziert. Einmal kostete das 160 Mio. Franken und einmal 170 Mio. Franken. Das sind verglichen mit den übrigen Beträgen, die aufgrund der Steuergesetzrevisionen angefallen sind, kleine Beträge. Ich hoffe, dass die 20 Mrd. Franken ein für allemal aus Ihrer Argumentationsliste verschwinden.

Ich komme nach diesem Exkurs zurück zum Voranschlag 1999. Befriedigend am Resultat des Voranschlags ist auch, dass der Kanton Zürich einen Voranschlag präsentieren kann, der im Vergleich mit anderen Kantonen im Mittelfeld liegt. Wir messen uns zwar nicht mit dem

Mittelfeld der übrigen Kantone. Wir möchten die besten sein. Es war aber auch schon anders. Verglichen mit dem Bundesvoranschlag, kann ich sagen, da würden sich einige die Finger ablecken, wenn es gelingen würde, einen Voranschlag für das nächste Jahr zu präsentieren, der mehr oder weniger ausgeglichen ist.

Der Voranschlag hat auch einige unbefriedigende Aspekte. Der Aufwand steigt nach zwei Jahren erstmals wieder, und zwar um rund 2,5 Prozent. Sie haben das den Unterlagen zweifellos entnehmen können. Einmal mehr haben wir zusätzliche Zinsen in der Grössenordnung von 30 bis 40 Mio. Franken zu finanzieren. Wir haben die Fachhochschulen zu übernehmen. Wir haben zusätzliche Beiträge unter dem Titel Prämienverbilligung KVG und eine zusätzliche Einlage in den Fonds für den öffentlichen Verkehr. Das sind alles Millionenbeträge, die es zu finanzieren gilt und die erstmals in dieser Grössenordnung im Voranschlag enthalten sind. Das ist unschön. Es war unser Ziel, den Aufwand zu stabilisieren oder möglichst die Entwicklungskurve, die nach unten gezeigt hat, weiterzuführen. Das ist uns angesichts der zusätzlichen Aufgaben nicht gelungen.

Unbefriedigend ist auch – darauf ist in der Diskussion häufig hingewiesen worden –, dass wir bei diesem Voranschlag 1999 einmalige Faktoren haben. Die Finanzierung eines Teils der BVK-Prämien durch die BVK selber ist einer dieser Faktoren, die Drogengelder von etwa 50 Mio. Franken sind ein anderer. Bei diesen Faktoren können wir nicht davon ausgehen, dass sie sich wiederholen.

Wir haben auch Risiken im Voranschlag 1999. Der Lastenausgleich mit der Stadt Zürich ist aufgeführt. Thomas Büchi sagt, wir müssten diesen Betrag in den Voranschlag einstellen. Er weiss aber wie ich und wie wir alle, dass wir in der Vergangenheit eine Praxis hatten, indem wir hier etwas vom eigentlichen Wortlaut der Finanzhaushaltsgesetzes abgewichen sind. Sie beschliessen den Voranschlag. Wenn Sie einen Beschluss in dieser Voranschlagsdebatte fassen, der Betrag Lastenausgleich an die Stadt Zürich sei in den Voranschlag aufzunehmen, dann stört uns das nicht gross. Wir haben konsequenterweise den Betrag nicht aufgenommen und werden ihn Ihnen wie in der Vergangenheit über die Nachtragskredite wieder präsentieren. Wenn Sie glauben, es sei besser, den Betrag in den Voranschlag aufzunehmen und bei einem Nein des Volkes wieder zurückzubuchstabieren, ist das Ihre Angelegenheit. Sie würde nicht der Praxis entsprechen wie wir sie in der Vergangenheit befolgt haben.

Das Stabilisierungsprogramm des Bundes, die zusätzlichen Beiträge an die AHV und IV, die möglicherweise bereits ab Mitte 1999 anfallen werden, sind nicht im Voranschlag enthalten. Dies haben wir bewusst gemacht, weil wir gegenüber dem Bund nicht jetzt schon die offenen Arme signalisieren wollten. Wir haben es an sich nicht so gerne, dass der Bund im laufenden Jahr zusätzliche Belastungen für die Kantone beschliesst und diese rückwirkend gelten lässt. Es ist so, dass der Ständerat erst im Frühling des nächsten Jahres über das Stabilisierungsprogramm mit diesem Punkt befinden wird, so dass die Rechtsgrundlage heute noch sehr unsicher ist.

Was die BVK-Beiträge anbelangt, ist es selbstverständlich so, dass erst der Jahresabschluss der Beamtenversicherungskasse Aufschluss darüber geben wird, ob wir tatsächlich diese Beitragsermässigung werden realisieren können. Wenn sich die Börse so weiter entwickelt wie jetzt, dann bestehen gute Chancen, dass dieser Betrag tatsächlich realisiert werden kann.

Vollzug Voranschlag 1998

Ich darf Ihnen heute sagen, dass wir voraussichtlich einen Saldo werden präsentieren können, der kleiner als 200 Mio. Franken sein wird. Der Voranschlag wie er vom Kantonsrat verabschiedet worden ist, belief sich auf 375 Mio. Franken. Wir werden also beim Saldo etwa 180 Mio. Franken besser abschliessen als budgetiert. Dies ist allerdings nicht auf die Aufwandseite zurückzuführen. Wir haben einige Probleme auf der Aufwandseite, vor allem im Gesundheitsbereich. Die budgetierten Ausgaben bei den Spitälern werden aufgrund der bekannten Situation mit der Spitalliste, die noch nicht vollzogen werden kann und der Tatsache, dass die Taxen nicht angehoben werden können, eher überschritten werden. Auch bei den Prämienverbilligungsbeiträgen werden wir einige Millionen Franken zusätzlich finanzieren müssen, die nicht im Voranschlag enthalten sind. Das werden wir ausgabenseitig nicht ganz kompensieren können. Wir haben zwar im Budget 1998 etwas zu viele Zinsen budgetiert, aber nicht so viel, dass sie die zusätzlichen Aufwendungen werden kompensieren können.

Hingegen dürfen wir uns an zusätzlichen Erträgen freuen. Wir haben die höheren Beiträge der Kantone am Ertrag der Schweizerischen Nationalbank, die 1998 nicht budgetiert waren. Sie werden knapp 50 Mio. Franken ausmachen. Die Steuern werden um deutlich über 100 Mio. Franken besser abschneiden als das Budget 1998 vorgesehen hat. Offenbar bewahrheitet sich das, was wir seit einigen Jahren vermuten, nämlich dass in einem stark industrialisierten und wirtschaftlich starken

Kanton die Rezession auf der Ertragsseite massiv durchschlägt. Wenn aber die Rezession am Abklingen ist und einem gewissen Aufschwung Platz macht, beginnen die Erträge relativ rasch wieder zu fließen.

Das wäre die Begründung für den relativ guten Abschluss 1998 wie er sich aus heutiger Sicht präsentiert. Wir haben, weil es uns interessiert hat, im Rahmen von ALÜB einen Vergleich zwischen der Aufwand- und der Ertragslage mit den umliegenden Kantonen angestellt. Dabei haben wir festgestellt – das dürfte die Theorie, die ich vorhin erwähnt habe, stützen –, dass wir ein Aufwandwachstum verglichen mit den Kantonen Zug, Schwyz, St. Gallen, Aargau und dem Durchschnitt sämtlicher Kantone seit Beginn der neunziger Jahre haben, das deutlich unterdurchschnittlich ist. Keiner der erwähnten Kantone hat ein so kleines Aufwandwachstum wie der Kanton Zürich. Aber, leider ist es so, dass die Steuererträge im Kanton Zürich seit Beginn der neunziger Jahre ebenfalls im Vergleich mit diesen Kantonen und auch mit dem Durchschnitt sämtlicher Kantone sich stark unterdurchschnittlich entwickelt haben. Das war letztlich der Grund dafür, dass wir in so ernsthafte Schwierigkeiten gekommen sind.

In den letzten Jahren haben wir beim Voranschlag den Saldo jeweils immer deutlich übertroffen. Die Resultate in den Rechnungen waren immer besser als budgetiert. Ich darf Ihnen das kurz belegen: 1993 hatten wir eine positive Differenz Voranschlag zu Rechnung von 159 Mio. Franken, 1994 von 326 Mio. Franken, 1995 von 110 Mio. Franken, 1996 von nur 16 Mio. Franken, 1997 von 101 Mio. Franken und 1998 etwa 180 Mio. Franken. Ich glaube, damit ist der Beweis erbracht, dass Ihnen der Regierungsrat Voranschläge unterbreitet hat, die jeweils auf der vorsichtigen Seite lagen. Damit ist auch der Beweis erbracht, dass sich Regierungsrat und Verwaltung enorm Mühe geben, beim Vollzug des Voranschlags wirklich nur die notwendigen Ausgaben zu tätigen. Dafür danke ich all meinen Kolleginnen und Kollegen und allen Mitarbeiterinnen und Mitarbeitern in der Verwaltung. Hätten wir das in den letzten Jahren nicht getan, hätte sich ein zusätzlicher Fehlbetrag von einigen hundert Millionen Franken aufgetürmt, der uns in noch schwierigere Situationen gebracht hätte.

Zu den Anträgen der Finanzkommission

Die Finanzkommission hat sich sehr intensiv mit dem Voranschlag auseinandergesetzt. Sie hat wahrscheinlich auch festgestellt, dass der Spielraum für zusätzliche Kürzungen immer kleiner und kleiner wird. Von Jahr zu Jahr wird dieser Spielraum immer kleiner, weil sich diverse Sparrunden auch bei unseren Zahlen bemerkbar machen. Was die Globalbudgets anbetrifft, sind wir tatsächlich noch nicht auf einem idealen Stand, sowohl was die Präsentation der Globalbudgets aus der Sicht des Regierungsrates anbelangt, aber wahrscheinlich auch der Umgang der Globalbudgets in der Finanzkommission und im Kantonsrat. Wir werden hier noch einiges zulegen müssen. Der Regierungsrat hat sich am letzten Mittwoch intensiv mit diesem Thema befasst und wird den ständigen Kommissionen Geschäftsprüfungskommission, Finanzkommission und Reformkommission seine Überlegungen, in welche Richtung sich die Globalbudgets entwickeln könnten, darlegen. Wir werden im Januar 1999 intensiv darüber sprechen können.

Einige Positionen in den Anträgen der Finanzkommission – ich glaube, das ist unbestritten – haben auch kosmetischen Charakter. Wenn Sie die Zinsbelastung um 10 Mio. Franken reduzieren, muss ich Ihnen sagen: Hoffentlich haben Sie recht. Vielleicht haben Sie auch nicht recht. Das sind Positionen, die den Spielraum zwischen Voranschlag und Resultat eher etwas einschränken. Der Regierungsrat wird sich gegen solche Positionen nicht wehren. Wir werden uns überhaupt nicht mit jedem einzelnen Antrag der Finanzkommission auseinandersetzen. Wir beschränken uns auf einige wenige Positionen, namentlich im Bereich der Gesundheitsdirektion. Hier scheint uns, dass bei den Beiträgen an die Spitäler der Gemeinden aber auch jene der gemischtwirtschaftlichen Unternehmungen auf einem Niveau budgetiert wird, das nicht mehr zu verantworten ist. Wir werden auch im Rahmen der Baudirektion an der einen oder anderen Position festhalten. Im übrigen nehmen wir die Anträge der Finanzkommission hin als das, was sie sind, nämlich als Vorschläge zur Verbesserung des Voranschlags, auch wenn wir in einigen Bereichen einige Fragezeichen hinter die Realisierung machen. Man wird sehen, ob es uns gelingt, dies so umzusetzen oder ob der Weg der Nachtragskredite beschritten werden muss.

Finanzplanung

Es ist so wie in der Debatte verschiedentlich dargestellt worden ist, wir werden in den nächsten drei Jahren einige Probleme haben. Die Finanzplanung, die kürzlich überarbeitet worden ist, zeigt, dass wir ab dem Jahr 2000 Defizite in der Grössenordnung zwischen 330 und 350 Mio. Franken haben werden. Das ist relativ einfach erklärbar: Stellen Sie sich vor, dass die 100 Mio. Franken Beitragsverbilligungen BVK nicht einfach in die Zukunft perpetuiert werden können. Das sind Massnahmen, die nur kurzfristig in einen Voranschlag aufgenommen werden können, wenn die Voraussetzungen dazu günstig sind. Dann sehen Sie, dass von den 300 Mio. Franken einmal 100 Mio. Franken auf dieses Konto gehen. Wir werden bei den Löhnen ab dem Jahr 2000, so ist es in der Finanzplanung vorgesehen, wieder kleine Schritte vorwärts machen müssen. Wir haben, seit wir die Löhne um drei Prozent reduziert haben, diese praktisch eingefroren. Je länger je mehr geraten wir auf dem Arbeitsmarkt in Schwierigkeiten, weil es uns nicht mehr gelingt, um die besten Leute zu kämpfen. Wir werden hier zusätzliche Beiträge in der Grössenordnung von 30 bis 40 Mio. Franken in den Finanzplan aufnehmen müssen.

Als kleinen Exkurs kann ich die Frage von Daniel Vischer beantworten. Er hat gefragt, wie das aussehe, wenn ein Gesamtarbeitsvertrag mit irgendwelchen finanziellen Folgen abgeschlossen wird, der Kantonsrat über den Budgetweg aber eine andere Meinung vertrete. An sich ist es egal, ob das ein Resultat von Gesamtarbeitsverträgen ist oder der Verordnungskompetenz der Regierungsrates. GAV sind ohnehin nur dort möglich, wo der Regierungsrat selber zuständig ist. Wir stellen uns auf den Standpunkt, dass dort gebundene Ausgaben daraus resultieren, wo wir eine eigene Verordnungskompetenz haben oder Gesamtarbeitsverträge abschliessen. Wir sind gegenüber unseren Partner gebunden, diese Ausgaben tatsächlich zu tätigen. Wir haben in der Finanzplanung die Lastenausgleichsvorlage an die Stadt Zürich, die im Voranschlag noch nicht enthalten ist, berücksichtigt. Die 84 Mio. Franken sind da natürlich enthalten. Wir kommen dem Betrag von 300 Mio. Franken schon bedrohlich nahe. Auch die Beiträge an den Bund im Rahmen des Stabilisierungsprogramms sind in der Finanzplanung enthalten. Manchmal frage ich mich, wer eigentlich noch an den Kanton Zürich denkt. Wir finanzieren den Bund über das Stabilisierungsprogramm. Wir finanzieren die Stadt über den Lastenausgleich. Ich frage Sie: Wer finanziert eigentlich uns? Der Kantonsrat ist

es offenbar nicht, denn jedesmal wenn eine Frage zur Diskussion steht, ob man die Gemeinden oder den Kanton begünstigen soll, dann gewinnt die Gemeindepräsidenten-Fraktion in diesem Rat wie das kürzlich auch geschehen ist. Wir finanzieren nach oben und nach unten, haben aber die grössten Schwierigkeiten, den eigenen Haushalt in Ordnung zu halten.

Es bleibt noch ALÜB, das in der Debatte auch angesprochen worden ist. Wir möchten hier die Erwartungen nicht allzu hoch schrauben. Wir glauben aufgrund der heutigen Sicht, die sehr grob und vorsichtig ist, dass ALÜB im Jahre 2000 etwa 60 Mio. Franken und im Jahre 2002 etwa 160 Mio. Franken bringen könnte. Das wäre ein Beitrag im Rahmen der Budgetierung dieser Jahre, die den Finanzplan verbessern würde, weil diese Beträge in der Finanzplanung nicht enthalten sind. Ich hoffe aber, dass der Kantonsrat geschlossen hinter den ALÜB-Vorschlägen stehen wird, sonst wird es schwierig, den Haushaltsausgleich tatsächlich durchziehen zu können.

Ich möchte am Schluss noch ein kurzes Wort über das Crossboarder-Leasing verlieren. Natürlich werden wir innovativ, wenn wir in so schwierigen finanzpolitischen Situationen stecken wie das im Kanton Zürich der Fall ist. Wir haben uns mit der Frage beschäftigt, ob wir uns an diesen Crossboarder-Leasing-Geschäften mit amerikanischen Investoren beteiligen sollen wie das andere Gemeinwesen auch getan haben, Stichworte SBB, VBZ in der Stadt Zürich aber auch Städte und Kantone. Wir haben uns in den letzten Wochen und Monaten sehr intensiv mit diesem Thema auseinandergesetzt und sind zum Schluss gekommen, dass wir diese Crossboarder-Leasing-Geschäfte nicht weiterverfolgen, und zwar im wesentlichen aus drei Gründen. Erstens ist es so, dass sich die Marktkonditionen für solche Geschäfte laufend verschlechtern. Jede Reduktion der amerikanischen Leitzinsen verschlechtert das Resultat einer solchen Transaktion und plötzlich stehen die Risiken, die mit einem solchen Geschäft immer verbunden sind, in einer nicht mehr sehr guten Relation zum finanziellen Ertrag.

Der zweite Punkt ist der, dass es sich tatsächlich um eine sehr komplexe und zum Teil schwer verständliche Vertragsdokumentation handelt. Wir haben festgestellt, dass Vertragsverletzungen zum Beispiel des Kantons Zürich zu Schadenersatzklagen und -ansprüchen führen könnten, die nicht hier, sondern in Übersee beurteilt werden. Unser Vertrauen in die amerikanische Rechtsprechung hat in den letzten Wochen und Monaten eher etwas gelitten. Wenn wir uns vorstellen,

dass diese Verträge während einer gewissen Laufzeit dauern, stellen wir uns vor, dass damit ein Risiko verbunden ist, das wir nicht gewillt sind zu tragen.

Drittens stellen wir fest, dass, hätten wir die Transaktion tatsächlich weitergeführt, in den nächsten zwei, drei Monaten ein enormer personeller Aufwand hätte getrieben werden müssen, den unseren Mitarbeiter selber hätten aufbringen müssen. Nachdem das immer dieselben Leute sind, die durch solche zusätzlichen Aufgaben belastet sind, haben wir uns entschieden – auch in einer Globalbeurteilung aller geschilderten Punkte –, die Transaktion nicht weiterzuverfolgen und das Thema damit abzuschliessen.

Wir setzen uns aber bereits mit dem Voranschlag 2000 auseinander. Der Regierungsrat hat am letzten Mittwoch die erste Diskussion darüber geführt. Sie wird übermorgen weitergeführt. Das Ziel muss aufgrund der bedrohlichen Situation in der Finanzplanung sein, im Jahr 2000 wieder ein ausgeglichenes Budget zu präsentieren. Sie kennen die Ausgangslage: In der Finanzplanung haben wir ein Defizit von über 300 Mio. Franken. Das ist der Berg, vor dem wir stehen und den wir mit den Budgetrichtlinien abtragen wollen. Wir beginnen bewusst sehr frühzeitig damit, dass wir in der ersten Hälfte des nächsten Jahres genügend Zeit haben, um auf allfällige Widerwärtigkeiten reagieren zu können.

Persönliche Bemerkungen

Ich bin überzeugt, dass wir noch nicht über den Berg sind. Es wird nie mehr so sein wie in den 80er-Jahren, als kein Mensch in diesem Kanton besonders Rechenschaft über die Ausgabensituation ablegen musste. Wir werden in den nächsten Jahren immer ein Ausgabenproblem haben, weil wir nicht unbeschränkt auf der Ertragsseite mit zusätzlichen Erträgen rechnen können. Da werden einzelne Programme nicht genügen. Es wird ein Dauerauftrag sein, der Jahr für Jahr bearbeitet werden muss. Ich glaube, dass der Ansatz wie ihn der Bund mit dem runden Tisch gewählt hat, zwar einen ersten Schritt bedeutet. Es wäre aber eine Illusion zu glauben, dass man mit solchen Programmen, die auf ein bestimmtes Jahr fixiert sind, das Problem gelöst hat. Wir sind in einem enormen Wettbewerbsdruck der Standorte innerhalb der Schweiz und auch mit Standorten ausserhalb der Schweiz. Das wird ein dauerndes Problem sein. Wir werden uns immer wieder mit diesen Finanzfragen auseinandersetzen müssen. Ich bin aber überzeugt, dass uns das gelingen wird. Wenn ich mir vorstelle, wo wir jeweils begonnen haben mit den Voranschlagsdirektionen im Regierungsrat, nämlich auf einem Niveau von 400 bis 500 Mio. Franken Defizit und am Schluss gelingt es

uns doch, einen mehr oder weniger ausgeglichenen Voranschlag zu präsentieren, dann glaube ich, dass die Bereitschaft da ist, diese Aufgabe anzupacken.

Ich beantrage Ihnen namens des Regierungsrates, auf den Voranschlag einzutreten und ihn gemäss dem Vorschlag des Regierungsrates zu genehmigen.

Liselotte Illi (SP, Bassersdorf): Ich will kurz zu den Steuerausfällen Stellung nehmen. Zuerst gratuliere ich dem Regierungsrat zu seinem Entscheid, die Leasinggeschäfte nicht weiterzuverfolgen. Für mich, das hat die Regierung so nicht gesagt, stehen vor allem ethische Gründe im Vordergrund, solche Geschäfte nicht zu verfolgen.

Zum Punkt Steuerausfälle: So wie Regierungspräsident Eric Honegger uns informiert hat, kann ich Ihnen garantieren, dass die Zahl von 20 Mrd. Franken an Steuerausfällen sicher nicht vom Tisch ist. Er hat einfach die Zahlen der Variante 1 vorgelesen. Die Finanzkommission wurde mehrmals über die Steuerausfälle informiert. Dabei gibt es auch eine zweite Variante, von der die Zahl der 20 Mrd. Franken Steuerausfällen stammt. In einem Begleitbrief hat die Finanzdirektion dazu einmal geschrieben: «Die Variante 1 lässt den Ausfall durch Revisions- und Progressionsausfall über alle Jahre unverändert.» Das sind die konstanten Zahlen von 340 Mio. Franken. «Die Variante 2 berücksichtigt zusätzlich die Steuerfussänderungen und ein Anwachsen des ursprünglichen Ausfalls entsprechend dem höheren Steuerertrag beziehungsweise einer progressiven Wirkung. Zusammenfassend kann geschlossen werden, dass die Variante 1 sicher zu tiefe Ausfälle anzeigt. Ob die Variante 2 richtig ist, kann nicht mit Sicherheit gesagt werden. Sicher dürfte sie näher an die tatsächlichen Ausfälle herankommen. Es kann auf jeden Fall gesagt werden, dass wenigstens ein Viertel des erzielbaren Ertrags als steuerliche Entlastung weggefallen ist. Schliesslich ist noch zu erwähnen, dass die Ausfälle infolge Änderungen der Berufsauslagen nicht in der Ausfallschätzung enthalten sind, so dass ein Ausfall von 28 Prozent realistisch sein könnte.» Dies ist eine Auskunft der Finanzdirektion. 28 Prozent sind etwas mehr als ein Viertel. Wir haben heute etwa 3 Mrd. Franken Steuererträge. Ein Viertel davon sind jährlich etwa 750 Mio. Franken. Wenn man bis auf die 28 Prozent geht, ist es entsprechend mehr. Ich finde, das ist eine relativ konservative, realistische Schätzung. Es stimmt hingegen, was Finanzdirektor Eric Honegger gesagt hat, dass die SP für den Ausgleich der kalten Progression ist. Aber bei dieser Rechnung machen die Ausfälle wegen der kalten

Progression etwa 3 Mrd. Franken aus. Das ist im Verhältnis zu den 20 Mrd. Franken eine relativ bescheidene Zahl.

Ratspräsident Kurt Schellenberg: Wir führen morgen die 196. und 197. Sitzung durch. Die erste Sitzung beginnt um 16.30 Uhr und dauert bis um 19.00 Uhr. Nachher wird Ihnen im Foyer eine kleine Zwischenverpflegung gereicht. Die zweite Sitzung beginnt zirka um 19.30 Uhr und dauert bis etwa um 22.30 Uhr.

Morgen werden der Obergerichtspräsident und der Kassationsgerichtspräsident zum Konto 11 Rechtspflege anwesend sein.

Infolge entschuldigter Abwesenheit von Regierungsrätin Verena Diener, die in der Funktion als Vizepräsidentin des Regierungsrates beansprucht wird, von Regierungsrat Hans Hofmann und eventuell auch von Regierungsrat Ernst Homberger werden die Gesundheitsdirektion, die Baudirektion und allenfalls die Volkswirtschaftsdirektion morgen nicht zur Diskussion stehen.

Sie können Ihre Mappen mit den Unterlagen für die morgige Sitzung hier auf den Tischen liegenlassen.

Verschiedenes

Neu eingereichte parlamentarische Vorstösse

- **Koordination und Konzeption von Verbundlösungen für Lehrbetriebe**
Postulat *Chantal Galladé (SP, Winterthur)*, *Anton Schaller (LdU, Zürich)* und *Willy Germann (CVP, Winterthur)*
- **Fremdsprachenkonzept für die Oberstufe**
Interpellation *Hanspeter Amstutz (EVP, Fehraltorf)* und *Ruedi Keller (SP, Hochfelden)*
- **Rückgabe des Hodler-Bildes der Universität Zürich an die Familie des vormaligen Besitzers**
Anfrage *Franziska Frey-Wettstein (FDP, Zürich)*
- **Raubkunst in der Universität**
Anfrage *Hartmuth Attenhofer (SP, Zürich)* und *Sebastian Brändli (SP, Zürich)*
- **Bezirksführungsstäbe/Bedeutung der Bezirksebene**
Anfrage *Hans-Jacob Heitz (Liberale, Winterthur)*

- **Auszahlung der Prämienverbilligungen an Quellensteuerpflichtige**
Anfrage Anjuska Weil-Goldstein (FraP!, Zürich)
- **Einschulung und Ausbildung von Kindern im Asylverfahren**
Anfrage Bettina Volland (SP, Zürich), Anna Guler (SP, Zürich) und Esther Arnet (SP, Dietikon)
- **Separate Schulklassen für deutsch- und fremdsprachige Kinder**
Anfrage Esther Arnet (SP, Dietikon), Bettina Volland (SP, Zürich) und Anna Guler (SP, Zürich)

Schluss der Sitzung: 17.55 Uhr

Zürich, den 7. Dezember 1998

Die Protokollführerin:
Barbara Schellenberg

Vom Büro des Kantonsrates in seiner Sitzung vom 14. Januar 1999 genehmigt.